



Mitgliederzeitung der SP Schweiz
110 • CH Juni 2010 AZB 3001 Bern

Partieprogramm: Sonderbeilage in der Heftmitte



© Ex-Press



UBS–Schweiz 1:0

Das Parlament widmet sich in seiner Sommersession ganz der UBS. Und die Bürgerlichen, allen voran die wankelmütige SVP, schonen die Boni-Glücksritter einmal mehr: Ja zum US-Staatsvertrag ohne Auflagen und Nein zu einer PUK.

Gespräch: Seiten 6 und 7

DEBATTE



Die SP-Delegierten bremsen das **Killergame-Verbot** – «links» rollt die Debatte noch einmal auf.

Seiten 2 und 3

SP-SCHWERPUNKT



Die Anti-AKW-Bewegung lebt wieder auf und beweist damit, dass die SP mit der **Cleantech-Initiative** goldrichtig liegt.

Seiten 5 und 13

POSITIONEN



Die Petition «**Pro SRG – das volle Programm**» setzt sich für Programmvielfalt und Qualität bei der SRG ein.

Seiten 14 und 15



Killergame-Verbot ausgebremst

Ob es nun um die Arbeitslosenkasse oder die Mindestlohn-Initiative ging – an der Delegiertenversammlung in Frauenfeld herrschte meist Einigkeit. Als die meisten Genossinnen und Genossen schon ans Aufbrechen dachten, sorgte plötzlich eine Resolution für hitzige Diskussionen: Die JUSO forderte, auf ein Verbot von Killergames zu verzichten. Und war erfolgreich. Der Antrag der Berner SP, den Handel einzuschränken, fand hingegen bei der Mehrheit kein Gehör. Wir lassen die Debatte an dieser Stelle noch einmal aufleben.

Selbstbestimmte Jugendkultur

Beim Sicherheitspapier haben wir es schon versucht, damals hatten wir die Delegierten nicht auf unserer Seite. Der Antrag der JUSO den Passus über ein Verbot sogenannter Killergames zu streichen, scheiterte. Es folgten parlamentarische Vorstösse und eine aufgelegte Debatte, die vor allem eines offen legte: einen Generationengraben.



Im Gegensatz zur SP machte sich die JUSO gegen ein Verbot stark und lancierte im Bündnis mit verschiedenen Organisationen und Gamer-Vereinen eine Petition gegen ein Verbot. Warum aber setzen wir JUSOs uns so vehement gegen ein Verbot dieser Games ein? Wir erachten ein Verbot aus drei Gründen für falsch.

Die Jugendlichen haben das Recht auf eine selbstbestimmte Jugendkultur. Jede und jeder hat das Recht, selber zu entscheiden, womit er oder sie die Freizeit verbringen will. Es liegt nicht an der Politik vorzuschreiben, ob Jugendliche Fussball spielen, Modellflugzeuge basteln oder Computerspiele spielen. Diese Spiele mögen einem zuwider sein, trotzdem verbringen 80 Prozent der Jugendlichen einen Teil ihrer Freizeit mit diesen Spielen. Es kann nicht sein, dass

die SP diesen Jugendlichen ihr Hobby verbietet. Ich empfehle jedem und jeder einmal eine LAN-Party zu besuchen. Um überrascht festzustellen, dass Hunderte ganz normaler Jugendlicher hier ihr Hobby gemeinsam ausüben und trotz Alkoholkonsum und Zusammensein auf engstem Raum ein friedliches Wochenende zusammen verbringen.

Killergames haben nichts mit Jugendgewalt zu tun. Gewalt unter Jugendlichen hat andere Ursachen wie Perspektivenlosigkeit und prekäre familiäre Verhältnisse. Egal, was BefürworterInnen eines Verbots ins Feld führen, es gibt keine einzige Studie, die einen Zusammenhang zwischen Gewalt und Killergames nachweisen kann. Klar ist auf jeden Fall, dass verschiedene Faktoren zu Jugendgewalt

Es liegt nicht an der Politik vorzuschreiben, ob Jugendliche Fussball spielen oder Computerspiele spielen.

führen. Zudem lernen Jugendliche nicht in Games, dass mit Gewalt Konflikte gelöst werden, sie lernen es, wenn sie die Tagesschau sehen und im Militär lernen müssen auf Menschen zu schießen, und zwar mit echten Waffen. Ein Verbot von Games ist reine Symptombekämpfung und verhindert zudem eine richtige Diskussion und damit die Bekämpfung der Ursachen von Jugendgewalt.

WAS MEINST DU?

Sind sogenannte Killergames eine Gefahr für die Jugend oder Teil einer selbstbestimmten Jugendkultur? Schreibe uns deine Meinung an debatte@spschweiz.ch oder SP Schweiz, Redaktion «links», Spitalgasse 34, 3001 Bern.

Ein Verbot ist nicht umsetzbar. Das Rad der Geschichte lässt sich nicht zurückdrehen. Kinder und Jugendliche kommen mit Inhalten wie Killergames oder Pornos im frühen Alter in Kontakt. Verbote bringen nichts und schaffen einen Schwarzmarkt, der schwer zu kontrollieren ist, der Jugendschutz wird dadurch massiv erschwert. Aus genau denselben Gründen setzt sich die SP beispielsweise für die Legalisierung von Cannabis ein.

Man muss sich verabschieden von der Vorstellung, man könne Kinder in einem Schonraum grossziehen und sie vor allen «bösen»

Einflüssen beschützen. Das Internet ermöglicht immer und überall Zugang zu Games, Pornos oder anderen Gewaltdarstellungen. Verbote hin oder her. Viel wichtiger ist darum die Schulung der Medienkompetenz von Kindern, Eltern und Lehrpersonen.

Die Delegierten haben in Frauenfeld ein starkes Zeichen gesetzt: für eine selbstbestimmte Jugendkultur und gegen Bevormundung.

*Tanja Walliser
Zentralsekretärin der JUSO Schweiz*

Verharmlosungspolitik à la Tabakindustrie

Das Killergame «GTA IV» beschäftigte mich ein paar Stunden. Als Kritiker der grausamen Gewalt wollte ich wissen, was Gamer fasziniert und dem Produzenten riesige Gewinne bringt. In diesem «Spiel» schlüpfte ich in die Haut des



Killers Nico Bellic: Als «Held» setze ich mich durch, zynisch, ohne Erbarmen, denn ich will gewinnen.

Solidarität mit Schwächeren? Gerechtigkeit als Recht des Benachteiligten? Das wäre lächerlich, sozialdemokratisches Gedankengut und Mitgefühl werden im Killergame zum Witz. Helden in Killergames sind Faschisten: Der Starke vernichtet mit grausamer Gewalt die «Minderwertigen» und sichert sich so das eigene Überleben.

Die Eltern sind verantwortlich, aber wir sollten sie unterstützen. Ein Killergame hatte die Mutter des Amokläufers von Winnenden ihrem Sohn zu Weihnachten geschenkt, ein «Spiel», in dem das Erstechen oder Erschiessen mit Punkten belohnt wird. Die Verbindung zwischen Gewalt und Belohnung erklärt die Wirkung: Wenn Kinder und Jugendliche belohnt werden, lernen sie effizient – in diesem Fall Töten. Zum Glück gibt es wenige Eltern, die das virtuelle Morden unterstützen. Aber viele wissen nicht, was im Kinderzimmer abgeht, oft sind sie überfordert. Darum ist Information der Eltern wichtig. Doch das genügt nicht.

Information, Medienkompetenz, Jugendschutz und ein Verbot des Handels sind die vier Säulen gegen die Gewaltverherrlichung. Den Handel mit Killergames zu verbieten ist eine von vielen Massnahmen. Grausame Gewalt lässt sich zwar nicht vom Internet verbannen, aber Grenzen des Verkaufs tragen zur Sensibilisierung bei. Die Annahme des entsprechenden Vorstosses von Evi Allemann hat viel bewirkt:

Endlich ist auch der Handel zu Massnahmen bereit und viele Eltern sind sich der Problematik bewusst geworden. Es braucht aber auch mehr Medienkompetenz und einen funktionierenden Jugendschutz.

Unsinn ist es zu behaupten, es drohe die «Kriminalisierung der Gamer», denn ein Verbot des Konsums wird wohl kein SP-Mitglied fordern. Auch kann es nicht darum gehen, alle Spiele zu verbieten, sondern diejenigen mit Darstellungen grausamer Gewalt. Dazu zähle ich zum Beispiel «Manhunt 2», «GTA IV» und «Call of Duty 2». In diesen «Spielen» erfolgt eine Identifikation mit kaltblütigen Mördern.

Unter Nachahmung der Verharmlosungspolitik der Tabakindustrie streitet der Computerhandel Forschungsergebnisse ab und versucht mit vagen Aussagen wie «Informieren statt Verbieten» Massnahmen zu hintertreiben. Dabei kommt sogar der Bericht des Bundesrats zum Fazit: «Belastungen in verschiedenen Lebensbereichen, wie Familie, Schule und Gleichaltrige, und der Konsum von gewaltdarstellenden bzw. pornografischen Inhalten können sich

Helden in Killergames sind Faschisten: Der Starke vernichtet mit grausamer Gewalt die «Minderwertigen».

wechselseitig verstärken und zu einer individuellen und sozialen Gefährdung führen.»

Mit ihrem Widerstand gegen Einschränkungen des Handels fordern die Jusos die totale Marktfreiheit in Bezug auf grausame Gewalt. Seltsam finde ich, wenn im gleichen Text Neoliberalismus und das «Effizienz-Diktat des Marktes» beklagt werden. «Freiräume» für Jugendliche möchte ich auch, aber Produzenten von Killergames haben eindeutig zu viel davon, genauso wie die Finanzjongleure an Börsen und in Grossbanken.

*Roland Näf
Vizepräsident der SP Kanton Bern*



Grundsatzentscheide für mehr soziale Gerechtigkeit

FRAUENFELD Rund 200 Delegierte und Gäste der SP Schweiz versammelten sich am 29. Mai im Stadtcasino Frauenfeld. Einstimmig beschlossen haben sie die **Nein-Parole zum Abbau bei der Arbeitslosenversicherung**. Die Vorlage kommt am 26. September zur Abstimmung – dank dem Referendum, das die SP gemeinsam mit den Gewerkschaften ergriffen hat. Auch die **11. AHV-Revision**, die in erster Linie auf Kosten der Angestellten sowie der Rentnerinnen und Rentner geht, wurde nicht goutiert. Klar war auch der Entscheid zugunsten der **Mindestlohninitiative**, die in Zusammenarbeit mit dem Gewerkschaftsbund noch in diesem Jahr lanciert werden soll.

Fraktionschefin **Ursula Wyss** warb für eine Neuorientierung: «Unsere Sozialpolitik darf sich nicht nur darauf beschränken, die Schäden zu reparieren – wir wollen auch neue Wege aufzeigen. Eine solche Sozialpolitik muss soziale Aufstiege möglich machen und den Arbeitnehmenden neue Chancen und Perspektiven bieten. Sie muss Arbeitsplätze schaffen. Sie muss garantieren, dass die Wirtschaft auch tatsächlich im Dienste der Arbeitnehmenden steht. Und nicht umgekehrt.»

Bundesrat **Moritz Leuenberger** appellierte in seiner launigen Rede an die politische Verantwortung. Diese gehe eben über das Generieren von grossen Lettern – zum Beispiel mittels Burka-Diskussion – hinaus: «Wer die Welt politisch gestalten will, darf sich nicht einfach von Knalleffekten leiten lassen, und er darf auch nicht bloss auf den hin und her wogenden Wellen der Empörung schaukeln. Er muss den Mut haben, auch das stille Elend der Welt anzugehen und zwar systematisch. Wenn wir zu unseren Überzeugungen stehen, können wir die Menschen auch dazu bringen, sich mit den wahren Problemen zu befassen, statt mit imaginären.»

Als weiteres Zukunftsprojekt hat die Delegiertenversammlung ausserdem die Vorbereitungen zur Lancierung einer **Volksinitiative für eine nationale Gesundheitskasse** in Auftrag gegeben.

«Wer gegenüber der Armut und den Armen in diesem Land nicht blind bleiben möchte, muss dieses anregende Buch lesen.»

WoZ, 28.1.2010

Der Sozialalmanach 2010 nimmt sich der Frage an, wie Armut verhindert werden kann. Dabei zeigt sich, dass die Schweiz weit entfernt von einer schlagkräftigen Strategie zur Armutsprävention ist.

Sozialalmanach 2010. Das Caritas-Jahrbuch zur sozialen Lage der Schweiz. Schwerpunkt: Armut verhindern. 224 Seiten. Fr. 34.–

Bestellungen: www.caritas.ch/shop, info@caritas.ch,
Telefon 041 419 22 71



UNIA
Ferien
Vacances
Vacanze

Ferien – dort, wo die Schweiz am schönsten ist.

- unter Tessiner Palmen
- im Berner Oberland
- im Lavaux Weinbaugebiet (UNESCO-Weltkulturerbe)
- am Vierwaldstättersee

www.ferien.unia.ch



Erkunden Sie das umfassende Angebot an Unia-Hotels und Unia-Ferienwohnungen in der Schweiz.



Als Mitglied einer Gewerkschaft, die dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund SGB angeschlossen ist, kommen Sie in den Genuss einer **Reduktion von 20%** auf den Katalog-Preis.

ENDLAGER

Atommüll XY ungelöst

Das Atommüllproblem ist bei weitem nicht gelöst. Trotzdem werden derzeit Standorte gesucht, wo Atommüll gelagert werden kann. Sechs Regionen stehen zur Diskussion: Südranden, Nördlich Lägeren, Bözberg, Zürcher Weinland, Jura Südfuss und Wellenberg. Sabine von Stockar

Gewisse Bestandteile des Atommülls strahlen über einen Zeitraum von gut einer Million Jahren. Diese enorme Zeitspanne macht es schwierig, einen angemessenen Umgang mit dem Atommüll zu finden. Die Nagra hat zwar ein Konzept zur Endlagerung vorgelegt, doch bleibt das Grundproblem bestehen: Die Sicherheit eines solchen Lagers kann über die notwendigen Zeiträume nicht garantiert werden.

Die Herausforderungen an ein Atommülllager sind immens. Viele elementare technische Unklarheiten wurden im Nagra-Konzept nicht beseitigt: Beispielsweise sind die Fragen der Gasbildungen oder des Lagerdesigns noch nicht geklärt. Doch die grössten Herausforderungen sind die langen Zeiträume: Wie kann das Lager während 1 000 000 Jahren kontrolliert werden und die Möglichkeit bestehen bleiben, dass der Atommüll zurückgeholt werden kann? Wie kann das Lager während 1 000 000 Jahren markiert bleiben, sodass Untergrundkonflikte vermieden werden? Wie soll das Lager während 1 000 000 Jahren vor unvorhersehbaren Naturereignissen geschützt werden?

Was es bedeuten kann, wenn ein Lager vorzeitig realisiert wird, ist im deutschen Asse zu sehen. Der ehemalige Salzstock wurde einst als ideal für die Lagerung von Atommüll erachtet. Bis spätestens 2012 muss der Müll jedoch raus – denn die Asse droht einzustürzen.

Das Beispiel zeigt: Die absolute Sicherheit gibt es nicht. Sicher ist nur das Risiko. Die Nagra muss ein Lager planen, in dem der Atommüll überwacht und notfalls auch zurückgeholt werden kann. Eine «Ein-für-allemal-Lösung» kann es nicht geben.



sabine.vonstockar@energiestiftung.ch
Projektleiterin «Atom&Strom» Schweizerische Energie-Stiftung SES

ANLASS

Bevor Standorte ausgewählt werden und die Bevölkerung zur Partizipation aufgefordert wird, müssen die offenen Fragen beantwortet werden. Im Herbst startet dazu eine dreimonatige Anhörung, welche die SES begleiten wird. Kommen Sie an unsere Informations-Veranstaltung am 22. Juni im Oltener Stadthaus, um mehr über die Risiken und offenen Fragen der Atommülllagerung zu erfahren, oder bestellen Sie Publikationen zum Thema auf www.energiestiftung.ch/atommuell.

Abzockerinitiative aufgeschoben

BERN Handstreichartig hat der Nationalrat die Abzocker-Initiative auf Eis gelegt. Die beschlossene Fristverlängerung und der Umweg über den indirekten Gegenvorschlag verhindern einen raschen Volksentscheid noch vor den eidgenössischen Wahlen. Übel ist die Taktikerei der Fraktion von CVP und Grünliberalen: Sie hat nicht nur der Fristverlängerung zum Durchbruch verholfen, sondern auch gleich noch den direkten Gegenvorschlag versenkt, den sie selber vorgeschlagen hatte. Die SP wird sich trotz dieser politischen Trickereien weiterhin für die Initiative und einen direkten Gegenvorschlag einsetzen.

Bekennnis zum Briefmonopol

BERN Ein wichtiger Vorentscheid: Die Fernmeldekommission des Nationalrats lehnt die Aufhebung des Post-Briefmonopols ab. Dieser Erfolg kam nicht zuletzt dank der Volksinitiative «für eine starke Post» von Gewerkschaften und SP zu Stande. 120 000 Personen haben das populäre Volksbegehren in nur fünf Monaten unterschrieben – dieser breiten Unterstützung muss auch das Parlament Rechnung tragen. Nur mit dem Briefmonopol der schweizerischen Post kann das flächendeckende Poststellennetz gesichert werden. Würde es vollständig aufgehoben, müsste die Post zwangsläufig weiter Leistungen abbauen.

Die Anti-AKW-Bewegung lebt

GÖSGEN/OLTEN Am Pfingstmontag haben zwischen 4000 und 5000 Menschen für den Atomausstieg, gegen den Bau neuer Atomkraftwerke und für die Förderung erneuerbarer Energien demonstriert. Mit bunten Fahnen und Spruchbändern zog die gut gelaunte Masse bei strahlendem Wetter von Aarau und Däniken via Gösgen nach Olten. Über 80 Organisationen aus dem In- und Ausland hatten zum friedlichen Protestmarsch «MenschenStrom gegen Atom» aufgerufen.

SP-Initiative nötiger denn je

BERN Der Nationalrat ist gewillt, den CO₂-Ausstoss im Inland zu reduzieren – und zwar stärker, als vom Bundesrat vorgeschlagen. Das ist erfreulich, denn damit werden Jobs in der Schweiz geschaffen. Unverständlich ist aber, dass die grosse Kammer bei den Massnahmen im Verkehrsbereich sogar noch hinter den Bundesrat zurückfällt – geht doch bereits dieser zu wenig weit: Es braucht eine Senkung des CO₂-Ausstosses um mindestens 30 Prozent im Inland, wie dies die Klima-Initiative vorsieht, sonst ist das Reduktionsziel ernsthaft gefährdet. Die Cleantech-Initiative für neue Arbeitsplätze dank Erneuerbaren ist also nötiger denn je.



© Ex-Press

Wohin mit dem Müll? Noch hat man auch in Bern die Lösung nicht gefunden.

«Hauptsache, du hast eine lustige



Geschäftige Betriebsamkeit während der Sommersession im Bundeshaus: Die UBS hält die Parlamentarierinnen und Parlamentarier auf Trab. Der Staatsvertrag und die Frage, ob PUK oder nicht PUK, erhitzen die Gemüter. Mitten im Trubel, noch vor dem Entscheid, fühlt «links» bei Wirtschaftspolitikerin Hilde Fässler den Puls. Interview: Stefan Krattiger

In Sachen UBS gibt's zwei Schauplätze: den Staatsvertrag mit den USA und die Frage, ob eine PUK die Rettungsaktion untersuchen soll. Wie hängt das zusammen?

Ursache für den Schlamassel war in beiden Fällen die Finanzkrise, welche ihrerseits von gierigen Bankern losgetreten wurde. Von Leuten, die gelernt hatten, dass man mit dem Umherschleichen von Geld mehr verdienen kann, als mit redlicher Arbeit. Wegen der Krise kam die UBS ins Strudeln und wegen der Krise kann es sich kein Land leisten, dass seine Steuergelder irgendwo versteckt werden. Deshalb der Druck der USA...

... der legitim ist?

Ja, absolut. Dass jetzt der UBS auf die Finger geschaut und ihr allenfalls eine Busse aufgebrummt wird, ist doch normal. Für uns muss sich die Frage stellen, wie diejenigen Leute mit der UBS verhandelt sind, die die verschiedenen UBS-Deals ausgeheckt haben. Noch am Tag vor der ersten UBS-Rettungsaktion hatte die WAK eine Sitzung. Dort waren alle wichtigen Leute anwesend und haben beteuert, es sei alles in Ordnung. Nur einen Tag später wurden kurzerhand Steuer-Milliarden in die Bank gepumpt. Wer hat wann was gewusst – das ist noch

immer unklar! Das herauszufinden war denn auch eine Aufgabe der GPK.

Und, hat ihr Bericht tatsächlich Licht ins Dunkel gebracht?

Bedingt. Da wurden meiner Meinung nach auch nicht alle Personen befragt, die man hätte befragen können und sollen. Wir hatten ja in der WAK seit Anfang 2008 immer wieder harte Diskussionen mit den Verantwortlichen, auch mit Leuten von der Finma. Trotzdem hat die GPK nie bei uns nachgefragt, was dort tatsächlich besprochen wurde. Ein anderes Beispiel: Am Tag nach der Rettungsaktion haben die UBS-Bosse einen Mitarbeiterbrief verschickt und verlauten lassen, die Intervention sei unnötig gewesen. Es gibt einfach noch viele Ungereimtheiten!

Nun gibt es solche, die uns parteipolitisches Kalkül vorwerfen – wir würden die Suppe extra am Köcheln halten, statt im Interesse der Schweiz zu handeln. Berechtigt?

Ach, dieser Vorwurf kommt ja bei fast allem, was wir machen, den kann ich nun wirklich überhaupt nicht ernst nehmen!

Was passiert ist, sei halt passiert, wird argumentiert...

Aber gerade bei einer PUK geht es doch nicht um blosser Vergangenheitsbewältigung. Wir wollen dafür sorgen, dass so etwas in Zukunft nicht mehr vorkommt. Dazu gehört auch, dass wir genau hinschauen, welche Verfilzungen es zwischen UBS, Finma und Bundesrat gibt. Finma-Chef Haltiner hat doch noch gar nicht gemerkt, dass er nicht mehr bei der UBS ist. Und Bundesrat Merz hört in erster Linie auf das, was die UBS sagt, in zweiter Linie auf die Bankiervereinigung – statt das zu tun, was im Interesse der Bevölkerung wäre.

Und beim Staatsvertrag?

Uns da Geplänkel vorzuwerfen, ist grober Unsinn! Unsere Position war von Anfang an klar: Etwas, das «too big to fail» ist, ist eben «too big». Da muss man etwas

Uns da Geplänkel vorzuwerfen, ist grober Blödsinn! Unsere Position war von Anfang an klar.

machen. Es darf nicht sein, dass eine Bank, die untergeht, die gesamte Volkswirtschaft mit in den Abgrund reissen kann. Es darf auch nicht sein, dass mit unverschämten Boni weiterhin falsche Anreize gesetzt werden. Und die Nationalbank sagt es seit Monaten: Wir brauchen eine strengere Bankenaufsicht. Das hat nichts mit Geplänkel zu tun, das ist unsere Überzeugung.

Der Staatsvertrag dient also als Vehikel?

Begründung»

Ja, das ist doch legitim, dass wir dieses Gelegenheitsfenster nutzen wollen. Da verstehe ich auch gewisse Journalistinnen und Journalisten nicht: Wir haben zwei Bedingungen genannt, damit wir dem Vertrag zustimmen können. Völlig normal. Die SVP schreit «Erpressung!» und die Presse stimmt mit ein. Das ist nicht sorgfältig.

Erst war die SVP gegen den Staatsvertrag, dann plötzlich dafür und dann wieder dagegen. Hat dich das überrascht?

Doch. Ich habe nicht damit gerechnet, dass die SVP das Bankgeheimnis preisgeben könnte, nur um ein paar wenige Boni-Abzocker zu schützen. Immerhin haben wir gerade noch über einen SVP-Vorstoss diskutieren müssen, mit dem das Bankgeheimnis in der Verfassung verankert werden soll. Deshalb habe ich immer geglaubt, für die sei das Bankgeheimnis das Grösste überhaupt.

Und plötzlich stellt die SVP Bedingungen...

...und niemand spricht von Erpressung! Dass das dann medial noch als grossartiger «Coup» beklatscht wird, finde ich ehrlich gesagt unglaublich. Aber die SVP hat da wohl eine Art Narrenfreiheit, bei denen spielt Kohärenz überhaupt keine Rolle. Das ist Effekthascherei, das finden offensichtlich auch Journalistinnen und Journalisten gut. Da kannst du

heute das sagen und morgen das Gegenteil. Hauptsache, du hast es markig ausgedrückt oder hast eine lustige Begründung.

Und uns wird eine klare Linie als Sturheit angekreidet?

Genau – und wer beliebig schwenkt, wird als flexibel und pragmatisch gelobt. Das historische Gedächtnis scheint oft kaum mehr als zwei Wochen zurückzureichen.

Wie fühlt man sich in einer unheiligen Allianz?

Das ist für mich gar kein Problem. Wer uns das vorwirft, hat einfach unser System nicht verstanden. Zwei oder drei Parteien müssen sich zusammenschließen, um eine Mehrheit zu schaffen. Immer. Wenn wir und die SVP das tun, empören sich alle. Wenn die Mitteparteien dasselbe tun, wird der vernünftige Kompromiss gefeiert – selbst wenn sie aus unterschiedlichen Gründen zum selben Schluss gekommen sind.

Sind solche Links-Rechts-Allianzen eigentlich häufig?

Nein, überhaupt nicht – das wird dann jeweils aufgebauscht. Aber oft meinen FDP und CVP eben auch, sie hätten uns schon im Vorhinein im Sack, weil wir ja nicht mit der SVP zusammenspannen könnten. Dann reden die gar nicht mit uns, was ein unverzeihlicher Fehler ist.

1:0 FÜR DIE UBS-ABZOCKER

Die PUK ist vom Tisch: Mit ihrem Nein zu einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) hat sich die bürgerliche Mehrheit im Ständerat einmal mehr als Gehilfin der Grossbanken hervorgetan. Entgegen dem ausdrücklichen Entscheid des Nationalrates weigert sich die kleine Kammer, endlich Licht ins Dunkel der UBS-Affäre zu bringen. Trotz der beachtlichen Arbeit der GPK wäre

nur eine PUK in der Lage gewesen, das Ausmass an Verstrickungen und heimlicher Übereinkünfte offen zu legen. Doch damit nicht genug: Nur einen Tag später winkt das Parlament auch den UBS-Staatsvertrag mit den USA ohne Auflagen durch.

Jetzt reicht's! Unterschreibe unsere Online-Petition: www.spschweiz.ch/petition

Olivenöl aus Palästina



aus fairem Handel

5 Liter

Dieses kaltgepresste Extra Vergine Olivenöl bester Qualität wird von Kleinbauern in Palästina hergestellt. Die Oliven werden von Hand gepflückt und von den Bauernkooperativen gepresst. Das Resultat ist ein charaktervolles Öl, dessen intensiv-würziger Geschmack typisch ist für palästinensisches Olivenöl.

Die ProduzentInnen erhalten Schulungen im Bereich der Produktion, werden fair bezahlt und profitieren von Ausbildungsstipendien und Kleinkredit-Projekten. Mit dem Kauf dieses Olivenöls leisten Sie einen Beitrag zur Existenzsicherung von palästinensischen Kleinbauern.

Reservieren Sie jetzt einen 5-Liter-Kanister Olivenöl aus Palästina, die Anzahl ist beschränkt!

Bestellen Sie auf www.gebana.ch, per Telefon 043 366 65 00 oder mit diesem Talon.

gebana
www.gebana.ch

Ich reserviere fairtrade Extra Vergine Olivenöl aus Palästina:

— × 51 im Kanister für je CHF 125.–

Das Öl wird Ende Juni importiert und anschliessend verschickt.

Preis inkl. MwSt., exkl. Versandkosten von CHF 9.– pro Bestellung.

Meine Adresse

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

E-Mail

L10610

Einsenden an: gebana, Hafnerstrasse 7, 8005 Zürich www.gebana.ch

NEU
Softshell & Polar-Fleece inside!



Rundum Outdoor - Bekleidungs-system von OutQuest®: 3 Qualitäts-Jacken in Einer - 5 Tragevarianten - 1 Preis

PERFEKT GEKLEIDET IN DIE SOMMERZEIT - FÜR JEDE WETTERLAGE

Highend Funktions-Aussenjacke mit herausnehmbarer **Polar Innenfleece-Jacke**.

Elegante Softshell-Jacke Urban-Style nahtlos in die Aussenjacke einzipbar.

Beide extrem leicht und hochgradig atmungsaktiv (6'000 g/m²/24h).

100% wasserdicht (Wassersäule: 20'000 mm), Nähte verschweisst.

Softshell stark **wind- und wasserabweisend**. Elastizität lässt viel Bewegungsfreiheit zu. 2 Hüfttaschen mit Reissverschluss, 2 Innenfächer.

Sturmefeste Kapuze mit verstärktem Schirm, regulierbar, abnehmbar oder in den Kragen einrollbar. Unterarmreissverschlüsse, Zweibege- sowie System-Reissverschluss. Verstellbarer Ärmelbund etc...



Softshell - ideal im Frühling/Sommer

Dieses modular aufgebaute Bekleidungs-System - bestehend aus **3 eigenständigen Jacken** und mindestens 5 verschiedenen Tragevarianten - sorgt dafür, dass man das ganze Jahr über flexibel auf die jeweilige Wettersituation reagieren kann. Obwohl ursprünglich für den Bergsport entwickelt, lässt sich die hoch atmungsaktive Soft-Shell-Jacke dank ihrem hohen Tragekomfort auch ausgezeichnet für den **urbanen Lebensstil** verwenden. Sie sieht sehr elegant aus und schützt ideal vor Wind und Feuchtigkeit. etc... Bewusst wurde auf die Anbringung des Logos auf der Jacken-Aussenseite verzichtet!

Unisex, Farben:



RUNDUM-SET-ANGEBOT
Funktions-Aussenjacke + Polar-Fleecejacke + Soft-Shelljacke sowie zusätzlich eine ultradünne Sturmhaube (idealer Wärmeschutz unter den Helm).

statt 629.- **198.-**

Dazu passend:



Funktions-Trekking Hose

Aus dem gleichen Material gefertigt wie die Aussenjacke, ergänzt diese ebenfalls hochgradig wind- und wetterbeständige Outdoor Bekleidungs-system in idealer Weise.

Farbe schwarz. Grössen: S,M,L,XL,XXL.

statt 169.- **98.-**

HOCH ATMUNGSAKTIVE MATERIALIEN - DER SCHLÜSSEL ZU IHREM PERSÖNLICHEN WOHLFÜHLKLIMA

Grössen: XXL, XL, L, M, S

Mobiler (Shiatsu) Massager Relax Premium 4IN1

Gönnen Sie sich Ihren eigenen Privat-Masseur

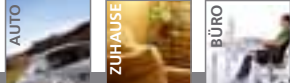
- Knet-, Roll-, Vibrations- und SWING-Massage in einem Gerät, neu mit Infrarotwärme
- Passt auf jeden Sitz, rutschfest, leicht verstaubar. Ganzer Rücken- oder gezielte Bereichsmassage

Kombiniert modernste Technik mit traditionellem Wissen. Nur wenn Sie es erlebt haben, werden Sie es glauben: „**Massiert wie die echten Hände!**“ Die tiefwirkende Shiatsu Knetmassage **stimuliert und stärkt die Rückenmuskulatur**. Die äusserst sanfte Rollmassage regt **Blutkreislauf und Lymphdrainage** an. Die zuschaltbare, wohltuende **Wärmefunktion** intensiviert die Tiefenwirkung der Massage noch zusätzlich. Die Vibrationsmassage wirkt muskelerkämpfend und fördert auch die **psych. Entspannung**. Und mit Swing lässt sich Ihr **Chi-Fluss** aktivieren und harmonisieren. 2 Jahre Garantie.

Top-Favorit 2009: Alleine in der Schweiz weit über 1'000 Mal verkauft - Heute bereits jede 4 Bestellung aufgrund einer Empfehlung oder persönlichen Erfahrung.

Schaffen Sie sich Ihre jederzeit zugänglichen Ruhe- und Entspannungszonen!

Inkl. 12V Adapter für's Auto.



Jetzt auch in Ihrer Drogerie erhältlich



Shiatsu Knetmassage

Tiefwirkende Knetmassage über den ganzen Rücken sowie gezielt Schulter- oder unterer Rückenbereich. Im **Spot Shiatsu Modus** navigieren Sie die Massage genau dort hin, wo Sie es möchten.

Rollmassage

Äusserst sanfte und angenehme Massagetechnik. Regulierbare Druckverteilung entlang der Wirbelsäule dank **variabler Breiten- u. Tiefeneinstellung**.

Swing-Massage

Kombiniert sanfte Knetmassage mit leichten seitlichen Schwingbewegungen. Ihr ganzer Körper wird so analog zu einem Pendel leicht und entspannend in Schwingung versetzt.

Vibrationsmassage

Individuell zuschaltbare 3-Stufen-Vibrationsmassage (Gesäss).



Schulterbereich
Neu um +8cm verlängert

Befestigungssystem

Lässt sich stabil und rutschfest auf (fast) jeden Stuhl befestigen

Masse zugeklappt: 68x46x14 cm (LxBxH). Gewicht ohne Adapter: 3,6 Kg

statt 448.- **249.-**

Ein gesunder entspannter Rücken - Ihre tägliche Kraftquelle

Power Spot Hand-Massager

Punktgenaue Massage wo Sie es wollen!

- Infrarot-Wärme zuschaltbar
- Klopf-Intensivmassage

Sie bestimmen Ort, Druck und Intensität der Massage. Geeignet vor allem für das gezielte angehen von **lokalen Verspannungen**. Die gewählte Stelle wird schon nach **kurzer Behandlung intensiv und nachhaltig durchblutet**. Gerade bei **Verspannungsschmerzen** im Nacken- und Schulterbereich sowie bei **Muskelkater** lassen sich unerwartete sensationelle Resultate erzielen. 3 Jahre Garantie.

Fingertip-Speed-Control: Variable Intensität bequem und stufenlos mit Ihrem Finger steuerbar von sanft bis 2'200 Pulsationen pro Minute.

SCHNELLE UND GEZIELTE SEBLHILFE

TESTSIEGER

Prämiertes Blutdruck- und Pulsmessgerät 2 IN 1

- Premium-Gerät mit hoher Präzision • Ausgezeichnet mit dem **Prüfsiegel** der deutschen Hochdruckliga • Einer der beiden **Testsieger** im „saldo Blutdruckmesser-Test“

Vollautomatische **Blutdruck- und Pulsmessung**. Praktischer Klettverschluss für Gelenkumfang von 12,5 bis 20,5 cm. Extra grosses Display. 60-Messwerte-Speicher mit Uhrzeit und Datum für die Kontrolle des Blutdrucks im Zeitablauf. 2 Jahre Garantie.

- **Testsieger „saldo 03/2009“**
- Prüfsiegel Hochdruckliga
- Medizinprodukt

Sicherheit durch Qualität - **jetzt nur: 89.-**

Ideal passend zum Massager Relax Premium 4in1



Intensiv (Shiatsu) Fussreflex-Massage

belebt und vitalisiert Ihren ganzen Körper

Dieses wirkungsvolle **Fuss-Reflex-Zonen-Massagegerät** stimuliert die Reflexzonen kraftvoll und treffsicher. Radikal einfache und authentische Umsetzung der traditionell kräftigen **Daumen-Druck-Fussreflexmassage**.

Der eindeutige Sieger aus unserer Testbefragung anlässlich des Kongresses für Manualmedizin in Interlaken (Nov. 2009, damals noch ein Prototyp). Auf vielfältigen Wunsch wurde das Gerät mit einer **zuschaltbaren Infrarot-Wärmefunktion** ausgestattet. Die kraftvolle und warme Stimulation der einzelnen Fussreflexzonen bewirkt so eine optimale Reaktion in den entsprechenden Körper-teilen. Und durch die eigene Gewichtverlagerung lässt sich die Intensität der Stimulation durch die in zwei Richtungen rotierenden Massageadamen gezielt beeinflussen. 3 Jahre Garantie.

DIE DURCHBLUTUNG FÖRDERN UND DEN STOFFWECHSEL VERBESSERN

SmartQ Radio und modernstes MP3-Sound-System 2 IN 1

Analogradio und MP3-Abspielstation. **USB-Port** und direkte MP3 Navigation - **einfache Bedienung**



Geniessen Sie einfach Ihre Lieblings-Radio-Station oder Ihre **MP3/i-Pod** Musiksammlung direkt ab Player oder **USB Stick** in bester Soundqualität. Perfekt aufeinander abgestimmtes System aus 3“-Lautsprecher mit optimierter Klangbild-Einstellung. Zeitlos elegant im Retrolook mit Holzgehäuse und digitaler Schnittstelle. Dieses Soundsystem passt zu jedem Einrichtungsstil. Inkl. **AUX-IN Verbindungskabel** für die Wiedergabe ab PC, CD Player etc. 2 Jahre Garantie.

HÖRGENUSS-ENTSPANNUNG-LIVING

statt 294.- **114.-**

Spezialangebote für die Leserschaft der Mitgliederzeitung „links.ch“

Anzahl:	Art.-Nr./Artikel:	Farbe:	Grösse:
	11-00x-49 Funktions- (inkl. Fleece) & Softshell Jacke für 198.- /Set		
	11-10x-49 Trekking Funktionshose von OutQuest für 98.-/Stück	schwarz	
	21-015-49 SmartQ mobiler Massagstuhl 4IN1 für 249.- / Stück	Bestellungen: SwissQualified AG Postfach, 9029 St. Gallen	
	21-065-49 SmartQ Fussreflex-Massager für 169.-/Stück	Tel.: 0848 000 201	
	21-061-49 SmartQ Power-Spot-Massager für 98.-/Stück	Fax.: 0848 000 202	
	41-020-49 Akten- und CD/DVD Vernichter für 98.-/Stück	www.sq24.ch	
	21-071-49 Blutdruck- u. Pulsmessgerät für 89.-/ Stück		

Garantierte Qualität: Sie testen unsere Produkte unverbindlich mit einem 8 Tage Rückgaberecht

Name/ Vorname:

Adresse:

PLZ/ Ort:

Telefon / E-Mail:

Datum / Unterschrift:

K52-ILI-52

www.sq24.ch
Tel: 0848 000 201

Druckfehler vorbehalten. Preise inkl. MwSt., zuzüglich Versand (pauschal 8.50) Lieferung solange Vorrat.



NWA NIE WIEDER ATOMKRAFTWERKE REGIONALGRUPPE AARGAU

Gegen Atom – für Cleantech

Atomkraftwerke will die Atomindustrie bauen. Dabei steht fest: Gemäss einer Studie aus dem Jahr 2009, notabene im Auftrag der Alpiq, wollen nur 3 Prozent der Befragten Atomstrom in ihrem Strommix. Da wird also vollkommen am Bedürfnis der Bevölkerung vorbei geplant. Lotty Fehlmann

Wir von NWA Aargau setzen uns mit aller Kraft dafür ein, dass diese unselige Technologie endlich zu einem Ende geführt und keine zweite Generation AKWs gebaut wird. Gründe für unser Engagement gibt's mehr als genug:

- Der Abbau des Urans hinterlässt in den Abbaugebieten eine Sauerei sondergleichen: Für jede Tonne verwertbares Uranerz fallen bis zu 2000 Tonnen strahlender, umweltbelastender Abraum an.

- Wo Menschen arbeiten, passieren Fehler. Es ist vollkommen naiv zu meinen, in unseren AKWs könnten keine schwerwiegenden Unfälle passieren. Um so mehr, wenn man bedenkt, dass die beiden Beznau-Reaktoren in unserem Kanton die ältesten dieses Typs auf der ganzen Welt sind!

- In der Umgebung von AKWs wird, auch im Normalbetrieb, eine erhöhte Krebsrate bei Kindern festgestellt.

- Ein neues AKW kostet rund 10 Milliarden Franken (vergleiche die Kalamitäten um Block 3 des EPR-Reaktors in Olkiluoto/Finnland). Die Citibank – nicht gerade Teil der Anti-AKW-Bewegung – stellte im November 2009 in einer Studie fest «New Nuclear – The Economics

say no» («Neue Kernkraft – Ökonomen sagen nein»). Neue AKWs sind mit anderen Worten ein ökonomischer Unsinn.

- Lediglich eine Haftpflicht von 1,8 Milliarden Franken muss bei Unfällen von den Betreibern aufgebracht werden. Das Bundesamt für Zivilschutz hat die Schäden eines Unfalls vom Typ Tschernobyl auf 4200 Milliarden Franken geschätzt.

- Die Produktion von Atomstrom führt zu hoch radioaktivem Abfall, der bis zu einer Million Jahre lang tödlich strahlt. Nirgends auf der Welt existiert dafür ein Endlager, da schlicht noch keine Lösung dafür gefunden worden ist.

Die Atomkraft hat aber nicht nur ausgedient, weil so viele Gründe gegen sie sprechen, sondern weil wir sie nicht mehr brauchen. Das bestehende Effizienzpotenzial ist enorm. Gleichzeitig hat die Technologie der neuen erneuerbaren Energieträger derart rasante Fortschritte gemacht, dass sie heute eine echte Alternative darstellt. Und sie schafft Tausende von Arbeitsplätzen.

Unser Widerstand ist gefragt. Also gründeten wir im Dezember 2008 NWA Aargau. Verschiedene prominente SP-Mitglieder waren massgeblich daran beteiligt. Schliesslich handelt es sich um ein Kernthema unserer Partei – siehe Cleantech-Initiative!

Wir arbeiten aber auch eng mit anderen politischen Parteien und Organisationen zusammen. So kam es zur von sechs Organisationen getragenen Aktion «Stopp Beznau» und zur Demo «MenschenStrom gegen Atom, an der dieses Jahr an Pfingsten 5000 Personen teilnahmen.

Unser Ziel ist sonnenklar: Das Schweizer Stimmvolk stimmt im Jahr 2013 NEIN zu neuen AKWs. Und ein spezieller Erfolg wäre: Selbst das Aargauer Stimmvolk sagt NEIN!

Ich würde mich sehr freuen, wenn Ihr Mitglied von NWA werdet, denn wir brauchen viel Kraft und Energie, um unser Ziel zu erreichen! Weitere Informationen unter www.nwa-aargau.ch; nwa-aargau@gmx.ch.

Lotty Fehlmann Stark von Aarau ist SP-Einwohnerin und Präsidentin der NWA Aargau.



INTERVIEW

Neues Parteiprogramm

links.ag: Eva Schaffner, die SP Aarau diskutiert zusammen mit den Sektionen des Bezirks das neue Parteiprogramm der SP Schweiz. Wie wichtig für die tägliche politische Arbeit ist dieses Programm? Welche SP präsentiert sich darin?

Eva Schaffner: Das neue Parteiprogramm vergegenwärtigt die wichtigsten Grundwerte sozialdemokratischer Politik: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Darauf soll unser alltägliches politisches Handeln basieren und daran wollen wir gemessen werden.

Das Parteiprogramm zeigt auch Lösungen für die Herausforderungen unserer heutigen Welt: Den schädlichen Auswirkungen der



Globalisierung auf Umwelt und Wirtschaft begegnen wir mit Nachhaltigkeit und Wirtschaftsdemokratie – konkret mit der Förderung erneuerbarer Energien oder mit klaren gesetzlichen Leitplanken für Finanzwirtschaft und Banken.

Für die Alltags-tauglichkeit muss der Entwurf noch tüchtig überarbeitet, diskutiert und sprachlich entschlackt werden. Werte mit konkreten Lösungen zu verbinden – das ist aus meiner Sicht die Stärke der Sozialdemokratie, und so zeigt sich die SP im neuen Parteiprogramm.

Wird die SP nun für Wählerinnen und Wähler attraktiver?

Ja. Die SP ist die einzige Partei, die in einer Zeit der abgehackten, mediengerechten Kurzstatements ihre politischen Werte und Haltungen breit und demokratisch diskutiert. Das stärkt unsere Glaubwürdigkeit.

Welches sind Deine politischen Schwerpunkte?

Bildung, Familien- und Sozialpolitik: Für diese Aufgaben braucht der Staat genügend finanzielle Mittel. Finanzpolitik ist aus diesem Grund mein vierter Schwerpunkt.

Eva Schaffner von Aarau ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Stab der Amtsleitung Berufsbildung und Berufsberatung in der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion des Kantons Basel-Landschaft. Die Fragen stellte Katharina Kerr.

TSCHOU

Nach der Wahl: Anpacken

Nach jeder Wahl gilt es, sich auf eine neue Situation einzustellen. Vor vier Jahren verloren SVP und FDP die gemeinsame abso-



lute Mehrheit und nach den jetzigen Wahlen haben wir eine ganz neue Parteienlandschaft. SVP und SP sind

nach wie vor die beiden stärksten Parteien. Die BDP schaffte es auf Anhieb auf den dritten Platz. Die FDP ist um einen Drittel eingebrochen und belegt nun mit den Grünen Platz vier und fünf. Neu hat die GLP als neue Kraft fast Fraktionsstärke erreicht. Wie die SP haben aber auch ihre engsten Verbündeten der vergangenen Legislatur, die Grünen und die EVP, leider Sitze eingebüsst.

Auf den ersten Blick ergibt dies eine satte bürgerliche Mehrheit, allerdings auf mehrere Parteien verteilt. Die Frage stellt sich, wie geschlossen diese bürgerliche Mehrheit auftritt. Richten sich BDP und FDP weiterhin nach der SVP aus, oder entwickeln sie ein eigenes Profil? Werden sie die konservativen Ideen der SVP immer noch mittragen, oder helfen sie mit, den Kanton Bern fit zu machen für die Herausforderungen der Zukunft? Sowohl in der FDP wie auch in der BDP gibt es Leute, die Verantwortung übernehmen wollen. Zudem gibt es in jeder Partei umweltbewusste Leute. Mit wechselnden Verbündeten liegen je nach Themenbereich durchaus Erfolge im Bereich des Möglichen. Packen wir es an!

Margreth Schär,
Fraktionspräsidentin

Politikerin aus Leidenschaft



© Kasper Boss

gerlichen Kanton Bern. Auch bei Abstimmungen positionierte Irène die SP hervorragend und brachte uns z. B. 2008 den Sieg beim Volksvorschlag «Steuersenkung mit Augenmass». Doch neben grossen Erfolgen gab es auch Frust und Enttäuschungen, die von einer Parteipräsidentin nicht nur ertragen, sondern auch erklärt und kommuniziert werden müssen. Die Nationalratswahlen 2007 und die Grossratswahlen 2010 brachten der SP grosse Verluste. Für eine Präsidentin, die Politik mit Leidenschaft betreibt, waren diese Niederlagen äusserst schmerzhaft.

Der SP ein Gesicht geben

Irène politisiert dossiersicher und mit politischem Instinkt; hartnäckig, fair, zielgerichtet und leidenschaftlich. Sie ist bereit, ihre Haltungen zu hinterfragen und für ihre Überzeugungen zu kämpfen. Im Vordergrund stand und steht für Irène das Gesamtwohl der Partei, Ränkespielen und persönlichen Profilierungen erteilte sie immer eine deutliche Absage. Aktives Politisieren bedeutet enorm viel Freizeit und Energie für die Politik einzusetzen, Farbe zu bekennen und der SP ein Gesicht zu geben. Irène hat dies in den letzten sieben Jahren auf der kantonalen Ebene vorgelebt, kompromisslos, ohne Wenn und Aber.

Zukunftswünsche

Nun wirst du, Irène, ab September mehr Zeit für deine Familie, deinen Beruf und deinen Freundeskreis haben, für deine politische Arbeit als Grossrätin, für deine Hobbys – für dich ganz persönlich. Dies gönne ich dir vom ganzen Herzen. Du bist und bleibst für mich auch weiterhin eine hochpolitische Persönlichkeit, mit Leidenschaft für die Politik und für das Leben. Ein Glücksfall für die SP Kanton Bern!

Irène Marti Anliker tritt nach mehr als sieben Jahren als Präsidentin der SP Kanton Bern zurück. Es waren sieben spannende, aufreibende und eindrückliche Jahre. Angelika Neuhaus

Irène war und ist mit Leib und Seele Politikerin. Sie hat sich von Jugend an mit Politik auseinandergesetzt. Schon als junge Frau war Irène in der JUSO aktiv, in einer rebellischen und unangepassten JUSO, die unbequeme Fragen stellte und die etablierten GenossInnen herausforderte. Doch Irène wollte nicht nur herausfordern, sie wollte mitgestalten. Sie wollte nicht nur die wunden Punkte unserer Gesellschaft aufzeigen, sie wollte sie auch ausmerzen.

Von der Schulkommission zur Parteipräsidentin

In den letzten 30 Jahren hat Irène die verschiedensten politischen Ämter innegehabt: sie war Mitglied einer Schulkommission, des Spitalverbandes, der städtischen und kantonalen Legislative. Zwölf Jahre sass sie im Berner Stadtrat, davon fünf Jahre als Fraktionspräsidentin. Kurz nachdem Irène 2002 in den Grossen Rat gewählt wurde, kam die Anfrage für das kantonale SP-Präsidium. Eine An-

frage, die auf ihre breite politische Erfahrung baute, ihre lösungsorientierte Art des Politisierens und ihre Dialogbereitschaft. Irène hat zugesagt – und wurde am 1. März 2003 am Parteitag in Frutigen zur Präsidentin der SP Kanton Bern gewählt.

Der happige Einstieg

Es war ein happiger Einstieg in die kantonale Politik, aber auch in die eidgenössische – sechs Monate vor den National- und Ständeratswahlen. Irène benötigte keine Anlaufzeit, sie war vom ersten Augenblick an voll dabei: Sie begleitete Simonetta Sommaruga auf ihrer Wahlkampftour und machte bei unzähligen Strassenaktivitäten an vorderster Front mit. Sie besuchte Sektionen im ganzen Kanton und warb für ihre Art des Politisierens: hartnäckig und zielgerichtet kämpfend für Chancengleichheit für alle.

Siege und Niederlagen

Die Wahl von Simonetta Sommaruga 2003 als erste SP-Ständerätin im Kanton Bern gehört zu den Highlights im politischen Wirken von Irène, wie auch die historische Wahl der rot-grünen Regierungsmehrheit 2006 sowie deren Bestätigung 2010. Diese Ereignisse können nicht hoch genug gewertet werden im bür-



Angelika Neuhaus
Parteisekretärin
SP Kanton Bern



Damit die SP wächst und gedeiht

Bis Ende Oktober darf und soll unser neues Parteiprogramm lebhaft diskutiert werden. Wir geben den Anstoss dazu – mit einer Zusammenfassung, einem Diskussionsleitfaden, Essays und Meinungen von «links»-Leserinnen und -Lesern.

EDITORIAL

Nutzt die Chance, sie kommt so rasch nicht wieder!

Der Entwurf unseres neuen Parteiprogramms hat inner- und ausserhalb der Partei lebhaft und konstruktive Diskussionen ausgelöst. Die Meinungen gehen auseinander. Das ist gut so, beweist es doch, dass die Programmdiskussion einem breiten und tatsächlichen Bedürfnis entspricht. Das wird mir auch bei meinen Besuchen in den Sektionen immer wieder bestätigt: Viele Genossinnen und Genossen sind froh, endlich einen Ort gefunden zu haben, wo grundsätzliche Fragen gestellt werden können und wo fundiert, aber vor allem auch lustvoll debattiert werden kann.



Um diese Debatte überhaupt erst möglich zu machen, musste eine Menge Arbeit geleistet werden. Einen ersten Entwurf hat die Arbeitsgruppe um Hans-Jürg Fehr erarbeitet und damit die Knochenarbeit erledigt. Die Parteileitung hat diesen in der Folge mehrfach diskutiert und weiterentwickelt. Das Resultat ist das Papier, wie es jetzt vorliegt. Noch ist es nicht fixfertig, hat aber dennoch Hand und Fuss und ist als Input für die innerparteiliche Diskussion zu begreifen. Am 31. Oktober wird der Parteitag in Lausanne über die endgültige Fassung befinden und so den Schlusspunkt eines langen und intensiven Prozesses setzen.

Aber eben, bevor es so weit ist, seid zuerst ihr an der Reihe, liebe Genossinnen und Genossen: Führt die Diskussion unbedingt auch in eurer Sektion oder Kantonalpartei, meldet euch zu Wort, bringt Anträge ein. Scheut euch nicht, eure Meinung zu sagen und auch unkonventionelle Ideen einzubringen. Mit dieser Sonderbeilage zum «links» wollen wir einen Anstoss geben und euch den Einstieg in die Diskussion erleichtern. Nutzt die Chance, denn sie kommt so rasch nicht wieder: Ein neues Parteiprogramm gibt man sich nicht jedes Jahr, sondern einmal pro Generation.

Christian Levrat

Ein Espresso und unser



ZUSAMMENFASSUNG Nach einem Espresso weisst du, was drinsteht: «links» macht einen Schnelldurchlauf durch 52 Seiten Parteiprogramm. Nicht der oder dem Lesefaulen zuliebe, sondern um Lust auf die Lektüre zu machen und die Diskussion in den Sektionen zu erleichtern. Stefan Krattiger

I. Die Zeit, in der wir leben

Insbesondere die Globalisierung und die europäische Integration haben die Welt, in der wir leben und in der wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten agieren, tiefgreifend verändert.

Die SP sieht in der **Globalisierung** (→ Seiten 5–7) eine Chance, Menschenrechte zu fördern und Völkerrecht zu Weltrecht weiterzuentwickeln. In den letzten Jahrzehnten hat jedoch vor allem eine Öffnung von Märkten stattgefunden, eine grenzenlose Arbeitsteilung, getrieben durch die Finanzwirtschaft. Die Globalisierung der Politik hingegen blieb auf der Strecke: Grosskonzerne können sich nationalen Gesetzen entziehen, ohne sich internationalen unterordnen zu müssen. Selbst in der wirtschaftlich starken Schweiz profitierten längst nicht alle: Die Armut hat zugenommen, der Graben zwischen Arm und Reich ist grösser geworden. Der politische Druck auf den Sozialstaat wächst, der Sozialabbau verschärft die Probleme zusätzlich.

Die **Europäische Integration** (→ 8–9) ist ein Friedenswerk, das in Europa das Kriegsrisiko nahezu eliminiert hat. Zweifellos, die EU hat Mängel. Es gibt jedoch keinen anderen globalen Player, der so klar für die Menschenrechte und für Leitplanken der Globalisierung eintritt wie die EU. Nirgends sonst hat sozialdemokratische Politik so viele Spuren hinterlassen.

Die Schweiz ist zwar eines der reichsten Länder geblieben, ihr Ruf hat jedoch gelitten. Statt aktiv mitzugestalten, hat sie sich isoliert und sich ausgerechnet diejenigen zum Gegner gemacht, die ihre besten Partner sein sollten. Kein Wunder, blicken diese weg, wenn wir auf internationale Unterstützung angewiesen wären. Die Folge sind aussenpolitische Misserfolge, die von den Isolationisten wiederum dankbar bewirtschaftet werden.

Die Globalisierung ging einher mit einem **Umbruch in Gesellschaft und Arbeitswelt** (→ 10–12). Flexibilisierung ist das Credo, Individualisierung und Prekarisierung die Realität. Qualifikation, Wissen und lebenslanges Lernen werden entscheidend. Das überfordert

Parteiprogramm

und macht Angst. Die Werte von damals sind nicht mehr die Werte von heute, Selbstverständliches kommt ins Wanken und ein neuer Konsens bildet sich: Jeder und jede soll auf eigene Weise glücklich werden können und das Recht haben, die Suche nach sich selbst anzutreten.

II. Unsere Grundwerte

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität (→ 13f) sind unsere Werte – wobei die Gerechtigkeit der zentrale Begriff der Sozialdemokratie bleibt.

Er beruht auf der Überzeugung, dass allen Menschen dieselben Lebenschancen zustehen sollen. Die Voraussetzung, um diese zu nutzen, ist Freiheit. Wir finden nicht, dass jeder seines Glückes eigener Schmied ist und wir verstehen Freiheit nicht als Freiheit der Privilegierten. Sozialdemokratische Politik kämpft dafür, dass auch Menschen mit schlechter Ausgangsposition auf einen grünen Zweig kommen können und nicht dort verharren müssen, wo sie der Zufall der Geburt in die Welt gesetzt hat.

Solidarität schliesslich, ist unsere wichtigste Handlungsmaxime und meint die gerechte Verteilung von Wohlstand und Lebenschancen – Umverteilung, verstanden als Korrektur von Ungerechtigkeiten. Die Bürgerlichen haben von den drei Ideen der Aufklärung nur die Freiheit zu ihrem Projekt gemacht und darunter lediglich die Freiheit der Besitzenden verstanden. Die Sozialdemokratie macht mit allen drei Werten ernst.

Das Ziel sozialdemokratischer Politik ist eine möglichst hohe **Lebensqualität (→ 15f)** für möglichst viele Menschen. Der Weg, der zu diesem Ziel führt, heisst Nachhaltigkeit: Die Bedürfnisse der Gegenwart sind zu befriedigen, ohne dass künftige Generationen ihrer Fähigkeit beraubt werden, ihre Bedürfnisse zu befriedigen.

III. Unsere Vision

Seit ihren Anfängen hat die SP die Demokratisierung der Wirtschaft gefordert – im Programm von 1982 als «Überwindung des Kapitalismus» betitelt. Näher gerückt ist das Ziel nicht. Die SP akzeptiert den Kapitalismus nicht als Ende der Geschichte. Denn wir haben eine Vision, der wir uns durch praktische Politik annähern wollen.

Warum (→ 18f)? Weil nicht einzusehen ist, weshalb nur die Staatsmacht demokratisiert ist, nicht aber die Wirtschaftsmacht. Die Bilanz des Kapitalismus nach 150 Jahren Welther-

schaft ist verheerend: Die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in Armut, das reichste Prozent der Weltbevölkerung besitzt 40 Prozent des Vermögens, eine Milliarde Menschen sind unterernährt, der ausbeuterische Umgang mit der Natur hat zur Erderwärmung geführt, die Kapitalbewegungen auf den Finanzmärkten gefährden ganze Volkswirtschaften und die Politik wird durch die Wirtschaft reguliert, statt umgekehrt.

Aber wie (→ 20–24)? Kapitalismus heisst, dass die Produktionsmittel in privatem Besitz sind. Die Verfügungsgewalt über sie leitet sich aus dem Kapitalbesitz ab. Das Ziel wirtschaftlicher Tätigkeit ist die Profitmaximierung. Den Kapitalismus überwinden heisst, das Privateigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln durch gemeinschaftliches Eigentum zu ersetzen, den Produktionsfaktor Arbeit dem Kapital voranzustellen und die aus dem Kapitalbesitz abgeleitete Wirtschaftsmacht durch die aus Arbeit abgeleitete zu ersetzen.

Anknüpfungspunkte sind vorhanden: Beim Service public werden relevante Bereiche der Volkswirtschaft ausserhalb der kapitalistischen Logik angesiedelt und die Genossenschaft ist das erfolgreiche Gegenmodell zur AG, basierend auf dem demokratischen Grundsatz «ein Mensch, eine Stimme». Mitbestimmung – in der Schweiz inexistent – ist ebenfalls ein geeignetes Instrument. Interessante Ansätze sind zudem die «Mitarbeitergesellschaft» und institutionell gebundenes Kapital der Arbeitnehmenden. Auch die bewährten Staatsbetriebe stellen eine Alternative dar.

IV. Unser Weg

Wir können **mit Sozialpolitik unsere Lebensqualität deutlich verbessern (→ 25–31)**. Dafür braucht der Sozialstaat zwei Beine: Zum nachsorgenden Standbein, das Risiken absichert, muss ein vorsorgendes treten, das dazu befähigt, Chancen zu ergreifen. Dazu gehören auch Gesundheitsförderung, Prävention und die Integration aller in die Gesellschaft. Der Staat ist mehr als eine Reparaturwerkstatt.

Organisation und Struktur der Sozialwerke sind zu kompliziert geworden. Eine allgemeine Erwerbsversicherung, eine Gewichtsverlagerung von den Pensionskassen hin zur AHV und eine Neuausrichtung der Sicherungssysteme auf die demografische Entwicklung tun Not. Ausserdem müssen Investitionen in die Bildung getätigt werden: Chancengleichheit, lebenslanges Lernen und das Recht auf Arbeitsmarktintegration dürfen nicht bloss leere Versprechen bleiben.

Die SP kämpft für **mehr Demokratie und einen wohlgeordneten Staat (→ 31–35)** und will unsere Demokratie weiterentwickeln. Immigrantinnen und Immigranten, die hier leben, sollen wählen und abstimmen dürfen. Gleiches gilt für 16-Jährige. Weniger Gemeinden, weniger Kantone und damit weniger Zweckverbände sind Garant für mehr Demokratie. Damit, aber auch mit einem Beitritt zur EU, wird der Föderalismus belebt. Die SP steht zwar zur direkten Demokratie, aber auch das Volk darf nicht alles: Ein Verfassungsgericht sowie eine Gesetzesinitiative stärken den Rechtsstaat und ein Zukunftsrat soll unser Parlament beraten.

Ebenfalls setzt sich die SP für **starke staatliche Strukturen in Europa und weltweit ein (→ 35–40)**. Aus diesem Grund müssen rasch Beitrittsverhandlungen mit der EU aufgenommen werden – nur so kann die Schweiz Souveränität zurückgewinnen und sich innerhalb der Union für eine Gestaltung der Globalisierung und für mehr Demokratie einsetzen. Unser politisches System muss so reformiert werden, dass die Schweiz in der EU mitregieren kann. International muss sich die Schweiz für gute Regierungsführung, fairen Waren- und Kapitalverkehr, Entwicklung, Klimaschutz und die Regulierung der Finanzmärkte verwenden. Ebenso für die Förderung einer aktiven Friedenspolitik und der Menschenrechte. Die Privatisierung des Gewaltmonopols gehört gestoppt und die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft.

Sorgen wollen wir auch für **soziale und ökologische Leitplanken der Marktwirtschaft (→ 41–48)**. Wir wollen den Markt weder schlechtden noch verharmlosen. Wir wollen seine Qualitäten nutzen und seine Schwächen korrigieren. Denn: Der Markt ist zwar ökonomisch effizient, aber ökologisch und sozial blind. Die SP ist deshalb für global tätige und demokratisch legitimierte Institutionen mit wirksamen Kompetenzen, damit nicht nur die Märkte globalisiert werden, sondern auch die Gerechtigkeit. Progressive Besteuerung, eine Erbschaftssteuer und eine Beschäftigungspolitik dank antizyklischer Konjunkturpolitik, Mindestlöhne, das Recht auf Arbeit, ein starker Service public, eine effektive Regulierung der Finanzmärkte und die Förderung von Zukunftstechnologien machen für die SP eine sozial-ökologische Marktwirtschaft aus.

Wir wollen **mit Nachhaltigkeit der Ökonomie Grenzen setzen (→ 48–51)**. Externe Kosten müssen internalisiert, die Umweltverträglichkeit zur Richtschnur erhoben, das Bodenrecht neu ausgestaltet, erneuerbare Energien gegenüber Erdöl, Gas und Atomenergie gefördert und der öffentliche Verkehr gestärkt werden.

Eure Meinung zum Parteiprogramm

LESERINNENBRIEFE Im «links» 109 haben wir euch gebeten, uns eure Meinung zum Programmwurf mitzuteilen – was ihr zahlreich getan habt. Nachfolgend ein paar ausgewählte Zuschriften.

«Irgendwo zwischen Markt- und Planwirtschaft umherirrend»

Ein neues Parteiprogramm für die SP, das ist tatsächlich nötig, um die Sozialdemokratie wieder als eine progressive Kraft mit guten Ideen und einem soliden theoretischen Fundament zu positionieren. Die gegenwärtige politische Situation wird denn auch differenziert analysiert und es gelingt, die entscheidenden Fragen der heutigen Zeit anzusprechen. Nur bleibt auch nach der Lektüre der gut fünfzig Seiten unklar, was die SP denn nun genau zu tun gedenkt, wie in einem «evolutionär vorangetriebenen» Prozess, «im Hier und Heute» ansetzend, die «Demokratisierung der Wirtschaft» umgesetzt werden soll. Und überhaupt, worin genau unterscheidet sich in einem demokratischen System die «Demokratisierung der Wirtschaft» von einer klassischen Verstaatlichung? Das neue Programm versucht, auch in der verwendeten Terminologie, sich klar von marxistischen Wurzeln zu distanzieren. Dadurch wirkt es dann aber vor allem unentschieden, irgendwo zwischen Markt- und Planwirtschaft umherirrend.

Roman Troxler, Bern

«Vision oder Utopie?»

Zuerst das Positive: Der zweite Teil, welcher als Grundwerte der Schweizer Sozialdemokraten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität benennt, ist ein gut gelungener Orientierungspunkt. Auch die klaren Forderungen im vierten Teil beurteile ich positiv.

Der erste Teil, der die Stärkung internationaler politischer Institutionen fordert, welche die wirtschaftliche Globalisierung regulieren sollen, ist überzeugend und eine zwingende Forderung im 21. Jahrhundert. Der anschließende euphorische Jubelgesang auf die EU ist aus linker Sicht jedoch teilweise irritierend. Da ist von der «Sozialunion» die Rede, obwohl solche Bestrebungen wiederholt spektakulär gescheitert sind. Die EU ist kein linkes Projekt und wird es auf absehbare Zeit auch nicht sein. Eine nüchterne und differenzierte Argumentation für den EU-Beitritt wäre sinnvoller.

Kontrovers wird nun insbesondere folgende, entscheidende Frage diskutiert: Ist der dritte Teil zur «Wirtschaftdemokratie» Vision oder Utopie? Während der Vision als Zukunftsentwurf zumindest eine minimale Verwirklichungschance zugesprochen wird, gilt die Utopie als unausführbares Konzept. Ich neige dazu, die stellenweise unkritische Wiederbelebung alter Zöpfe in der Kategorie Utopie anzusiedeln. Die Bodenhaftung geht zuweilen verloren.

Nehmen wir als Beispiel die Idee der «Mitarbeitergesellschaft»: Ende der 80er Jahre versuchten die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten in Schweden arbeitnehmerkontrollierte Aktienfonds durchzusetzen. Dies ist an internen Konflikten und massiven Widerständen gescheitert. Wie soll etwas in der Schweiz realisierbar sein, das nicht einmal im Mutterland der Sozialdemokratie funktioniert hat? Man soll nicht päpstlicher sein als der Papst, heisst es doch.

Fabio Wasserfallen,

Institut für Politikwissenschaft der Uni Zürich

«Wie reagiert sozialdemokratische Politik auf Krisensituationen?»

Das Parteiprogramm habe ich mit Interesse gelesen. In der Grundorientierung halte ich es für richtig. Die Themen der Friedenspolitik und der globalen sozialen und ökologischen Verantwortung sollten aber noch profilierter behandelt werden. Es sollte in vermehrtem Masse wahrgenommen werden, dass für solche Themen wegen der heute reduzierten Handlungsspielräume jedes Staates globale Allianzen gesucht werden müssen. Die Organisationen der Zivilgesellschaft erhalten dabei eine wachsende Bedeutung. Unter anderem müssen internationale Sozialforen, gewerkschaftliche Organisationen und weitere Basisbewegungen, unter anderem «Via Campesina», als Gegenbewegungen zur einseitig wirtschaftsorientierten Globalisierung stärker gewürdigt werden. Seit der Veröffentlichung des Entwurfs des Parteiprogramms hat sich die gegenwärtige Krise, unter anderem in Griechenland, gesteigert. Da stellt sich mit zusätzlicher Aktualität die Frage,

wie sozialdemokratische Politik im Hinblick auf solche Krisensituationen aussehen muss. Pauschalverdikte gegen ganze Völker und Volkswirtschaften müssen bekämpft werden. Was in den betroffenen Völkern an Opfern nötig ist, muss nach sozialen Kriterien gestaffelt werden. Damit solche Anliegen wahrgenommen werden können, drängt sich eine entscheidende Konsequenz auf: Es darf nicht sein, dass nach unten hin Opfer auferlegt werden, während nach oben hin die Steuerkraft mit Hilfe von Steuerhinterziehung entflieht. Wo dies hingenommen wird, bricht jede Gesellschaft auseinander.

Jürg Meyer, Basel

«Hätte mir eine härtere Wortwahl gewünscht»

Cédric Wermuth erwähnt die 300 reichsten Schweizer, die gleichviel besitzen wie 95 Prozent der Bevölkerung. Dass ein neues Parteiprogramm vor diesem Hintergrund mit zynischen Bemerkungen kommentiert wird («Gutmensch-Denken» und so weiter), lässt sich leicht erklären. Solange sich ein Grossteil dieser 95 Prozent einbildet, bald der Dreihundertundeine zu sein, wenn er sich nur genug anstrengt, wird er den aktuellen Zustand nicht als ungerecht bezeichnen. Sonst gehörte er auch bald zu den Ungerechten. Solange wir die Parallele zwischen dem Bild vom Esel, der einer Rübe nachläuft, die ihm vor die Nase gehalten wird, und unserer eigenen Situation nicht sehen wollen, so lange wird ein solches Parteiprogramm belächelt werden. Insofern hätte ich mir durchaus eine härtere Wortwahl gewünscht. Diese gäbe einer Vision eben Ecken und Kanten, an der sich die anderen die Knie wund schlagen könnten.

Stefan Weber, Erlenbach

«Keine monokausale Erklärung gesellschaftlicher Probleme»

Der Passus «Überwindung des Kapitalismus» gehört gestrichen. Nicht weil Kapitalismuskritik falsch ist, sondern weil der Begriff emotions-

geladen ist. Er verweist auf monokausalen Kulturmarxismus und ignoriert das Problem der Komplexität. Entsprechend ist der Lösungsvorschlag simplizistisch oder gar irreführend und gefährlich. Es gibt keinen hinreichenden Grund zur Annahme, dass es ein Ende der Geschichte gibt oder eine einzelne Massnahme zu einem erhofften Endzustand führen wird. Wenigstens historisch haben alle vermeintlich definitiven Lösungen zu Fanatisierung und letztlich ins Desaster geführt. Die Urheber des Passus gaukeln der (Partei-) Jugend vor, es gäbe so etwas wie einen Endzustand. Das ist Verführung der Jugend. Ich schlage folgende Formulierung vor: «Zähmung der Marktwirtschaft und Verrechtlichung des Kapitals». Das ist bewusst eine Formulierung, welche keine simple Lösung und keine monokausale Erklärung gesellschaftlicher Probleme impliziert. Aber sie impliziert zwei andere Wertvorstellungen: Das Primat der Politik vor dem Markt und des Rechts vor der Politik. Damit mir nicht der Schierlingsbecher angetragen wird, weise ich darauf hin, dass Wirtschaft, Politik und Recht interdependent, eben komplex sind. Es gibt keinen einzelnen Drehpunkt, um die Welt aus den Angeln zu heben. Dafür gibt es viel Arbeit.

Bernie Graezer, Zürich

«Was unabdingbar dazu gehört, sind Visionen!»

Welchen Aufruhr hat der Entwurf des neuen Parteiprogramms in der vorwiegend bürgerlichen Presse erzeugt. Es ist absurd! Das neue Parteiprogramm ist keineswegs revolutionär. Es ist sehr moderat, unspektakulär, aber auch ernsthaft. Es beharrt zumindest auf den Grundwerten der Linken: Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität. So weit, so gut. Mir feh-

Antragsfristen

Bei der vorgestellten Version handelt es sich um den Vorschlag der Geschäftsleitung. Die endgültige Version soll am 31. Oktober am Parteitag in Lausanne verabschiedet werden. Sektionen, Kantonalparteien und antragsberechtigte Organe haben bis am 31. Juli Gelegenheit, Anträge zum Parteiprogramm einzureichen. Am 20. August wird die Geschäftsleitung diese diskutieren und entsprechend Stellung nehmen, bevor am 10. September die zweite Lesung stattfindet. Nach dem ordentlichen Versand an die Parteitagsdelegierten (Mitte September) haben diese ihrerseits Gelegenheit, bis am 11. Oktober weitere Anträge zur neuen Fassung einzureichen. Sämtliche Anträge schickt ihr bitte an programm-antraege@spschweiz.ch.

len allerdings eine politische Analyse und vor allem eine fundierte Auseinandersetzung mit dem entfesselten Kapitalismus jüngster Prägung und unserem politischen Gegner – aber vielleicht gehört das nicht in ein ordentliches Parteiprogramm schweizerischer Prägung. Was aber unabdingbar dazugehört, sind Visionen. Die Wirtschaftsdemokratie ist der Blick und wäre der konkrete Schritt in eine bessere Zukunft. Die Feststellung, dass der Kapitalismus überwunden werden muss, gehört dazu, auch wenn wir keine Sofortrezepte zu bieten haben und schon gar nicht auf falsche Rezepte der Vergangenheit zurückgreifen wollen. Wenn also diese Visionen, die das Herz bewegen und das Hirn mobilisieren, im Parteiprogramm fehlen, dann ist es nichts mehr wert.

Linda Stibler, Basel

«Wie wollen wir unser Programm umsetzen?»

Der Programmentwurf sollte um die Hälfte bis zwei Drittel gekürzt werden und nur die grundsätzlichen Positionen und Ziele enthalten – keine geschichtlichen Rückblicke, keine langatmigen Erklärungen und Begründungen und keine tagespolitischen Postulate. Ein Parteiprogramm muss kurz, verständlich, einfach und klar in den Aussagen sein. Die Grundziele «Überwindung des Kapitalismus» und «Aufbau einer umfassenden sozialistischen Demokratie» müssen eindeutig zum Ausdruck kommen. Die Programmüberschrift könnte lauten: «Gegen die kapitalistische Barbarei – für die sozialistische Demokratie!» Ins Programm muss unbedingt ein noch zu erarbeitendes Kapitel «V. Strategie und Taktik» aufgenommen werden. Wie wollen wir unser Programm umsetzen?

Marius Romagna, Ittigen

«Zu hochstehend, umschweifend und zurückblickend»

Ich bin ein «altes» und aktives SP-Mitglied. Als Nichtakademiker (Nicht-Wirtschaftsfachmann, sondern Alltagspolitiker) empfinde ich dieses Parteiprogramm als viel zu hochstehend, umschweifend, zurückblickend (bis 1848) und sprachlich schwer verständlich. Es müsste nach meiner Meinung gesamthaft kürzer (50 Seiten liest nur ein Parteiprofi), prägnanter, leichter und allgemeinverständlicher, weniger ausholend, kürzer begründend, illustriert, eine Kurzfassung beinhaltend und leserfreundlicher sein. Trotzdem meinen Dank für die (zu) umfassende Arbeit.

René Borel, Säriswil

Leitfaden: Wie die Diskussion strukturieren?

Die Programmdiskussion kann unterschiedlich geführt werden: Es gibt Sektionen, die besondere Arbeitsgruppen eingesetzt haben, andere laden externe Referenten und Referentinnen ein. Oft ergeben sich auch gute Debatten, wenn die Diskussion intern geführt wird.

Wie auch immer: Es gibt nichts Gutes, ausser man tut es. Die folgende Strukturierung hat sich bewährt:

■ **Ausgangslage:** Regulierung der Globalisierung: Die Globalisierung der letzten Jahrzehnte versteht sich primär als Öffnung von Mär-

ten. Zwar profitiert die Schweizer Volkswirtschaft insgesamt von der Globalisierung, aber die Gruppe der GlobalisierungsverliererInnen wächst. Die SP setzt dem eine Globalisierung der Regulierungen entgegen.

■ **Die Werte:** Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit: Gerechtigkeit ist der zentrale Wert der Sozialdemokratie. Er ist untrennbar mit zwei anderen wichtigen Werten verbunden: Solidarität und Freiheit. Nämlich die Freiheit, dass jede und jeder die Chance hat, etwas aus seinem Leben zu machen.

■ **Die Vision:** Demokratisierung der Wirtschaft: Das heutige System ist ungerecht. Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise haben dessen Mängel einmal mehr dramatisch vor Augen geführt. Es braucht eine Vision jenseits des aktuellen Wirtschaftssystems: Die Demokratisierung der Wirtschaft. Sie ist das Gegenmodell zur neoliberalen Marktgläubigkeit: Statt Privatisierung aller privatisierbaren Bereiche meint sie die Demokratisierung aller demokratisierbaren.

■ **Der Weg:** Sozialstaat, um die vorsorgende Sozialpolitik ergänzen: Der Sozialstaat des 21. Jahr-

hunderts braucht zwei Beine. Der Staat wird damit mehr als ein Reparaturbetrieb. Er entwickelt sich zu einem befähigenden und ermöglichenden Staat weiter, der dafür vorsorgt, dass alle ein selbstbestimmtes und von Bevormundungen aller Art emanzipiertes Leben führen können.

Eine entsprechende Powerpoint-Präsentation, einen ausführlicheren Leitfaden, eine Liste von möglichen Referentinnen und Referenten, der Programmentwurf selbst sowie andere hilfreiche Materialien finden sich auf www.spschweiz.ch/parteiprogramm.

Die Zeit, die wir gestalten

ESSAY Der Parteiprogramm-Entwurf ist eine solide Fleissarbeit, atmet aber zu stark den Geist vergangener Zeiten. Leider setzt er nur auf eine Vision und hat eher Risiken als Chancen neuer Entwicklungen im Auge. Er ist wenig inspirierend. Marc Gebhard

Bereits in den frühen 1990er-Jahren verlangten Parteitage ein neues Parteiprogramm für die SP. Dies, weil die Welt sich ab 1989 rasant und radikal zu verändern begann: Der epochale Zusammenbruch der totalitären kommunistischen Staaten in Mittel- und Osteuropa, der Krieg im ehemaligen Jugoslawien, neue technologische Entwicklungen wie Internet und Mobiltelefonie sowie als Folge davon eine massiv beschleunigte Globalisierungswelle führten in vielerlei Hinsicht zu einer neuen Weltordnung.

Das alte Parteiprogramm der SP Schweiz von 1982 konnte auf diese neuen Entwicklungen keine Antworten geben. Die Parteispitze unter Peter Bodenmann versenkte die Parteitagswünsche nach einem neuen Parteiprogramm dennoch in der Schublade und kümmerte sich lieber ausschliesslich um die kurz- und mittelfristige Problemlösung. Vermutlich sorgte sich die damalige Führungsriege wegen Flügelkämpfen und Wolkenschiebereien, die bei solch langfristigen Richtungsdokumenten drohen. Die Erarbeitung einer langfristigen programmatischen Ausrichtung ist in der Tat mit vielerlei Tücken und Risiken verbunden: Alle relevanten Flügel in der Partei müssen sich in einem solchen Dokument einigermas-

Es ist durchaus denkbar, dass wir Ende dieses Jahres ein neues Parteiprogramm haben, das einen breiten Konsens findet.

sen wiedererkennen können – trotzdem darf es nicht konturlos sein. Es muss auf bestehenden Positionen aufbauen und dennoch auch einen visionären, innovativen Ansatz haben. Und es sollte nicht nur für potenzielle Neumitglieder verständlich, sondern auch differenziert und scharf genug formuliert sein, um den intellektuellen Ansprüchen seiner Zeit zu genügen.

So gesehen ist es wirklich mutig, dass die SP Schweiz sich nach fast 30 Jahren ein neu-



es Parteiprogramm verpassen will. Und es ist auch nötig. Denn nur wer sich neben der wichtigen Tagespolitik auch um die langfristige Perspektive kümmert, verhindert richtungslose politische Irrfahrten.

Hält der Entwurf für das neue Parteiprogramm die in ihn gesteckten Erwartungen? Man muss leider feststellen: Er tut dies nur zum Teil. Die Analyse verharrt vor allem in den 1950er-, 1960er- und 1970er-Jahren und geht dann sehr rasch auf die Zeit der aktuellen Wirtschaftskrise ein. Doch dazwischen lagen die 1980er- und 1990er-Jahre, deren historische Umbrüche nicht nur für die Sozialdemokratie von elementarer Bedeutung sind. Zu Recht betont das Programm, die internationale wirtschaftliche Talfahrt im Jahr 2008 habe gezeigt, dass zu wenig Regulierung die Wirtschaft ruiniert. Genauso hat aber der ökonomische Zusammenbruch des Ostblocks 1989/1991 belegt, dass zu viel Regulierung ebenso zum wirtschaftlichen Niedergang führt. Es braucht ein vernünftiges Mass an Regelungen, um das heutige Wirtschaftssystem sozial und ökologisch zu bändigen.

Sätze wie «die Globalisierung ist kein Vorgang, den wir prinzipiell ablehnen» zeigen,

dass die neuen Positionen etwa aus dem Positionspapier «Menschenwürdige Arbeit für alle – die soziale Gestaltung der Globalisierung» von 2007 nicht wirklich im Programm-Entwurf Eingang fanden. Dasselbe gilt bei anderen Themenkomplexen wie der Integrations- oder der Sicherheitspolitik.

Im Analyseteil etwa ging der Klimawandel als grosse Herausforderung unserer Zeit vergessen. Leider wird zudem kaum auf den aktuellen SP-Ansatz im Bereich Cleantech eingegangen. Dieser weist über den Tag hinaus und zeigt, dass die SP endlich wieder eine aktive Industriepolitik betreiben will. Eher schimmert im Text eine gewisse Ängstlichkeit vor technischen Entwicklungen durch.

In einem fast schon monumentalen Ausmass geht das Programm auf die Vision der Wirtschaftsdemokratie ein. Ein sympathisches Anliegen – nur haben die letzten Jahrzehnte gezeigt, dass es leider nicht gerade zu Begeisterungstürmen führt und auch nicht stark mobilisierend wirkt. Die erwähnten Genossenschaften wie Migros, Coop oder die Schweizer Mobiliar sind heute noch weniger demokratisch organisiert als irgendeine Aktiengesellschaft. Deshalb ist es wohl mässig geschickt, dieses Thema als einzige Vision in den Raum zu stellen. Warum nicht als Vision auch den vorsorgenden Sozialstaat aufnehmen? Oder den ökologischen Umbau der Wirtschaft?

Trotzdem – wenn es uns gelingt, bis im Oktober mit entsprechenden Anträgen die teilweise verstaubte Terminologie zu entrümpeln, neuere Positionen der letzten Jahre einzubauen sowie Freude am Gestalten der Gesellschaft durchblicken zu lassen und den Visionsanteil durch weitere Themenfelder zu ergänzen, ist es durchaus denkbar, dass wir Ende dieses Jahres ein neues Parteiprogramm haben, das einen breiten Konsens findet. Jetzt aber wirkt der Programmwurf über weite Strecken verzagt und ängstlich und man hat den Eindruck, er kümmere sich weniger um die Zeit, in der wir leben, als um die Zeit, in der wir leiden.

MARC GEBHARD *arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern. Er ist seit 1987 SP-Mitglied.*

Eine verbalradikale Übertreibung

ESSAY Der Entwurf für ein neues Parteiprogramm hält an der Vision einer anderen als der bestehenden Ordnung fest. Das ist mutig und verdient Anerkennung. Willy Spieler

Trotzdem halte ich die Überwindung des Kapitalismus für eine verbalradikale Übertreibung und wundere mich, dass von demokratischem Sozialismus nicht mehr die Rede ist.

Der Kapitalismus wird mit den Sätzen definiert: «Die Produktionsmittel sind in privatem Besitz. Die Verfügungsgewalt über sie leitet sich ausschliesslich aus dem Kapitalbesitz ab. Das zentrale Ziel wirtschaftlicher Tätigkeit ist die Profitmaximierung.» Nach dieser Definition wäre der global sich ausbreitende Neoliberalismus der zu seinem Wesen gelangte (oder in sein Wesen zurückgekehrte) Kapitalismus. Aber ist das der Kapitalismus? Es ist der «Kapitalismus, wie wir ihn kennen» (Elmar Altwater). Doch selbst die Überwindung dieses neoliberalen Kapitalismus will dem Entwurf nicht so recht gelingen.

Die Widersprüche beginnen schon beim Service public, in dem angeblich «relevante Bereiche und Betriebe der Volkswirtschaft [...] ausserhalb der kapitalistischen Logik angesiedelt» sind. Entwickelt sich der Service public heute nicht im Gegenteil zu einem neuartigen Staatskapitalismus, New Public Management genannt? Die Verselbständigung der Unternehmen – von SBB und Swisscom bis zu den Schulen und Spitälern – führt bislang nur zu neuen Leitungshierarchien, die immer mehr nach kapitalistischer Logik funktionieren, ohne jede Mitbestimmung der Beschäftigten und Betroffenen.

In der Privatwirtschaft soll «die zumindest gleichberechtigte Teilhabe der Arbeitenden an der Wirtschaftsmacht» eingeführt werden. Damit wäre der Kapitalismus wenigstens «halbiert». Gar nichts mehr zu sagen hätte das private Kapital in Genossenschaften oder Mitarbeitergesellschaften. Gut so! Aber wie verhielten sich die demokratisierten Unternehmen im harten Konkurrenzkampf des als «effizient» gepriesenen Marktes? Wären sie frei von kapitalistischer Ellenbogenmentalität? Oder müssten sie sich aus dem Markt ausklinken, um solidarisch miteinander zu kooperieren? Wie verhielte sich die Wirtschaftsdemokratie gar zum EU-Binnenmarkt? Der Vertrag von Lissabon hat eine neoliberale Markt- und Eigentumsideologie festgezurr, mit der die Vision



des Programmentwurfs nicht mehr kompatibel wäre. Sollten wir das bei allem Lob für die Europäische Union nicht auch sagen?

Schliesslich stellt der Entwurf die Überwindung des Kapitalismus gleich selbst zur Disposition: «Wer den Kapitalismus überwinden will, stellt sich nicht in Gegensatz zu denen, die ihn lediglich zähmen oder steuern wollen. Beides sind legitime Formen von sozialdemokratischer Politik. Es gibt hier kein Entweder-oder, sondern ein Sowohl-als-auch.» Der Zähmung des herrschenden Kapitalismus soll wohl auch die «vorsorgende Sozialpolitik» dienen. Unter diesem Titel ist jetzt auf einmal «ein selbstbestimmtes und von Bevormundungen aller Art emanzipiertes Leben» schon möglich, wenn die Menschen sich für den «Arbeitsmarkt» qualifizieren. Gibt es ein richtiges Leben im falschen, ökonomische Emanzipation in einer fremdbestimmten Wirtschaft?

Warum nicht sagen: Wir ringen dem Kapitalismus immer mehr Terrain ab, um immer mehr soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Wirtschaftsdemokratie zu verwirklichen? Das war die Idee des demokratischen Sozialismus, der aus dem Programmentwurf verbannt wurde. Vermutlich wollte man nach dem Scheitern

des real existierenden Sozialismus auch im demokratischen Sozialismus nicht länger ein Hoffnungswort erkennen. Dabei hatte das Programm von Lugano 1982 noch festgehalten: «Vom Standpunkt des demokratischen Sozialismus kann das sowjetische System nicht als sozialistisch bezeichnet werden.»

Ich empfehle der Geschäftsleitung, dem Hamburger Programm 2007 der SPD nicht die «vorsorgende Sozialpolitik» abzuschreiben, sondern jene Stelle, in der es über den demokratischen Sozialismus heisst: «Das Ende

Warum nicht sagen: Wir ringen dem Kapitalismus immer mehr Terrain ab, um immer mehr Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Wirtschaftsdemokratie zu verwirklichen?

des Staatssozialismus sowjetischer Prägung hat die Idee des demokratischen Sozialismus nicht widerlegt, sondern die Orientierung der Sozialdemokratie an Grundwerten eindrucksvoll bestätigt. Der demokratische Sozialismus bleibt für uns die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, deren Verwirklichung für uns eine dauernde Aufgabe ist. Das Prinzip unseres Handelns ist die soziale Demokratie.»

WILLY SPIELER ist Sozialethiker und ehemaliger Zürcher Kantonsrat. Der langjährige Redaktor der «Neuen Wege» hat massgeblich am ersten Entwurf des neuen Parteiprogramms mitgearbeitet.

Gedanken eines Neumitglieds

ESSAY In den wilden 68er-Jahren studierte ich in Berlin an der Freien Universität. Wenn man dort das Hauptgebäude betrat, stand in der Eingangshalle eine ganze Reihe von Tischen. Charles Lewinsky

Hinter jedem sass der Vertreter einer anderen Fraktion und versuchte die Eintretenden von der Richtigkeit seiner politischen Ansichten zu überzeugen.

Bei den grösseren Gruppierungen war es gedruckt, bei den kleineren hektographiert. Das war aber schon der deutlichste Unterschied zwischen ihnen. Sonst unterschieden sie sich nämlich nur in kleinen Details. Marxistisch waren sie alle, etwas anderes konnte man sich damals an der FU gar nicht vorstellen. Aber diese grundsätzliche Gemeinsamkeit führte nicht etwa dazu, dass sie sich zusammenschlossen. Im Gegenteil: Sie strafte sich gegenseitig mit Verachtung oder beschimpften sich als Klassenverräter und Kapitalistenknechte. Weil jedem von ihnen sein eigenes Rezept zur Weltveränderung wichtiger war als die Chance, zumindest einen Teil dieser Veränderungen auch tatsächlich umzusetzen.

Sie haben dann ja auch nichts erreicht. Wo es zu Veränderungen kam, waren sie den Kapitalistenknechten und Klassenverrättern von der Sozialdemokratie zu verdanken. Aus jener Zeit habe ich eine tiefverwurzelte Skepsis gegenüber Parteiprogrammen jeder Art mitgenommen. Sie hat mich mein Leben lang davon ab-

Eine Partei bleibt nur dann lebendig, wenn in ihr gestritten und diskutiert wird. Um die Ziele und um die Wege.

gehalten, in eine Partei einzutreten. Und nun habe ich es, kurz vor Erreichen des AHV-Alters, doch getan. Warum eigentlich?

Weil mich der Entwurf zum neuen Parteiprogramm der SP so restlos überzeugt hat? Ähm... Eigentlich nicht. Sondern weil ich unterdessen kapiert habe, dass man eine hundertprozentige Übereinstimmung mit den eigenen Ansichten auch gar nicht erwarten darf. Um es parlamentarisch auszudrücken: Man muss auch



mit einer Mehrheit zufrieden sein. Ausser man sehnt sich nach einem Platz am Sektierertischen. Die Leute damals im Universitätsfoyer, die waren von jedem einzelnen Buchstaben ihres jeweiligen Programms überzeugt. Aber dafür konnten sie ihre Parteiversammlungen auch in der Küche einer WG abhalten. Mehr Leute kamen da nicht zusammen.

Manchmal, um das gleich gesagt zu haben, wehte mich auch bei der Lektüre des neuen Parteiprogramms ein leiser Hauch (fast hätte ich geschrieben: ein leiser Muff) von 68er-Theorielastigkeit an. Vor allem im Kapitel über die Demokratisierung der Wirtschaft. Nicht dass ich an den dort formulierten Visionen viel auszusetzen hätte. Ich würde es auch schön finden, wenn die Welt anders wäre, als sie ist. Wer nicht? Aber ich halte es in der Politik doch eher mit Helmut Schmidt, der einmal gesagt hat: «Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen.» In einem Parteiprogramm möchte ich nicht nur die hehren Ziele finden, sondern auch die Wege, die dorthin führen könnten. Davon hätte ich gern mehr gelesen.

Und dann ist da natürlich noch dieser andere Punkt, diese Grundsatzfrage, in der ich ganz und gar nicht mit den erklärten Zielen der

Schweizerischen Sozialdemokratie übereinstimme. Was einen Beitritt unseres Landes zur EU anbelangt, bin ich nämlich mehr als skeptisch. Weil mich ein Gebilde nicht überzeugt, das von oben herab eingeführt wurde und von oben herab regiert wird. Wo von niemandem gewählte Kommissare Entscheidungen treffen, die dann für jeden Bürger verbindlich sind. (Ich habe mich immer darüber amüsiert, dass die EU-Gründer ausgerechnet das Wort «Kommissare» gewählt haben. Dasselbe Vokabular, das auch die marxistischen Fundamentalisten damals an der FU so liebten. Wobei sie sich natürlich alle selber zu diesem Amt berufen fühlten.)

Trotz dieser kritischen Haltung bin ich in die SP eingetreten. Der Entwurf des neuen Parteiprogramms hat mich darin bestätigt, dass diese Entscheidung richtig war. Wie gesagt, ich finde nicht alle meine Überzeugungen darin wieder. Aber doch bedeutend mehr als bei jeder anderen Partei. Und bis jemand ein Programm entwirft, das ich zu hundert Prozent unterschreiben kann, werde ich leider zu alt sein, um noch den Kugelschreiber zu halten.

Und ausserdem: Eine Partei bleibt nur dann lebendig, wenn in ihr gestritten und diskutiert wird. Um die Ziele und um die Wege. Und ob man nun die Weltrevolution so oder so in Gang bringen sollte.

Muss man, um in eine Partei einzutreten, mit allem übereinstimmen, was in deren Programm steht? Dann hätte ich mich nie der SP anschliessen dürfen. Und ich habe es trotzdem dieses Jahr getan. Warum eigentlich?

Weil ich glaube, dass es in der Politik keine endgültigen Antworten gibt.

CHARLES LEWINSKY ist Schriftsteller, Drehbuchautor und seit Februar dieses Jahres SP-Mitglied.

Herausgeberin: SP Schweiz, Spitalgasse 34, 3001 Bern

Auflage: 43310 Expl.

Beilage zu «links» 110, Juni 2010

Redaktion: Stefan Krattiger

(stefan.krattiger@spschweiz.ch)



Kopftuch, Tschador, Burka: Islamische Frauenbekleidung sorgt für Diskussionsstoff.

Nacktwandern und Burkaverbot

Die SP-Frauen Kanton Bern lehnen ein generelles Burkaverbot ab und rufen zu einer Versachlichung der Diskussion auf. Barbara Stalder Ritschard

In unserer Gesellschaft gibt es unterschiedliche Vorstellungen, wie man sich «richtig» anzieht. Doch bei aller Vielfalt gibt es Grenzen, die von fast allen eingehalten werden. Wer diese überschreitet, erregt Aufsehen und wird auch zum medialen Ereignis. Im Moment sind dies besonders die Nacktwanderer und die Burkaträgerinnen. Beide Vorkommnisse sind etwa gleich häufig und bei beiden muss zuerst abgeklärt werden, ob das Verhalten dort, wo es stört, es mit heutigen Gesetzen verhindert werden kann. Bei den Burkaträgerinnen gibt es allerdings noch zwei zusätzliche Faktoren: Man kann nicht sicher sein, dass sie sich freiwillig so verhalten, und sie tun es aus religiösen Gründen.

Wir leben in einer Kommunikationsgesellschaft. Wer uns nicht ins Gesicht sieht, handelt hier respektlos, genau wie die, die uns zur Begrüssung nicht die Hand reichen. Das löst Reaktionen aus, auch emotionale. Ob ein Verbot hier der richtige Weg ist, ist fraglich. Es ist aber sehr störend, wenn sich plötzlich rechts-konservative Kreise für die Rechte der Frau einsetzen wollen – indem sie als erstes die Burka verbieten.

Dort, wo das Erkennen der Person unabdingbar ist, ist das Tra-

gen einer Burka undenkbar. Das gilt zum Beispiel für den Strassenverkehr, die Benutzung des öffentlichen Verkehrs mit einem Abonnement, Bringen und Holen von Kindern in Kindertagesstätten und Schulen, Besuch bei öffentlichen Ämtern etc. Auch in der Lehre oder im Erwerbsleben ist das Tragen einer Burka in der Schweiz kaum möglich. Dies hat nichts mit Ausgrenzung zu tun, sondern entspricht den hiesigen Gepflogenheiten. Auch können das Tragen einer Burka und die daraus resultierenden Nachteile nicht zum Bezug von Sozialleistungen berechtigen. Ein Ja zum Leben in der Schweiz beinhaltet auch ein Ja zu den Normen und Werten des Landes.

Wir wehren uns auch dagegen, dass hier hauptsächlich von einem Migrationsproblem gesprochen wird; die meisten Burkaträgerinnen in der Schweiz sind Konvertitinnen, nicht selten mit einem Schweizerpass. Es handelt sich daher häufig um eine Überanpassung; mit einem generellen Verbot wird diese Reaktion noch verstärkt – sie wollen ja provozieren.

Die SP-Frauen Kanton Bern sind der Ansicht, dass kein spezielles Gesetz für ein Burkaverbot erlassen werden muss. Es müssen vielmehr weitere Anstrengungen

in der Integration und in der Förderung von interkulturellen Kompetenzen ergriffen werden; bei der Bevölkerung wie auch bei den MigrantInnen. Wir müssen uns einsetzen, dass Frauen nicht gegen ihren Willen verheiratet oder beschnitten werden, da braucht es Aufklärung, Beratung und Schutz. Das sind, neben etlichen Problemen beim Aufenthaltsstatus, die wichtigen Probleme in der Migrationspolitik.

Gefährlich ist die Diskussion nach dem Motto: «in einem islamischen Land darf ich auch nicht...» In den meisten muslimischen Ländern gab es keine Aufklärung, dort findet man teilweise noch Vorstellungen, wie sie bei uns im Mittelalter üblich waren. Wir wollen ja nicht zu «Aug' um Auge, Zahn um Zahn» zurückkehren. Das hat nichts mit übertriebener Toleranz zu tun und auch nichts mit Kuschelpolitik.

Klare und transparente Kommunikation, gemeinsame Anstrengungen aller Betroffenen anstatt Verboten und Gesetzen – nur dieser Weg kann erfolgreich sein. Stigmatisierung, Ausgrenzung und Isolation sind falsche Antworten auf ein Problem, das in unserem realen Alltag inexistent ist.



Barbara Stalder Ritschard
Präsidentin SP-Frauen
Kanton Bern



SP-FRAUEN

Braucht es einen Genozid?

Braucht es einen Genozid, damit Frauen an die Macht gelangen? Schrecklich, diese Frage. Noch schrecklicher, dass sie wahr ist. Nie zuvor in der Geschichte der Menschheit wurden in so kurzer Zeit so viele Menschen ermor-



det. Rund siebenzig Prozent der nach dem Krieg verbleibenden Bevölkerung Ruandas bestand aus Frauen, Mädchen

und Kindern.

Die Männer waren tot oder in den Kongo geflüchtet. Zum Teil schwer traumatisiert, übernahmen die Frauen Felder, Firmen und wichtige Posten. Ruanda zählt immer noch zu den ärmsten Ländern der Welt. Aber es gehört heute auch – nach einer stillen Revolution der starken Frauen – zu einer der fortschrittlichsten Nationen Afrikas. Die Hälfte der ruandischen Unternehmen ist fest in weiblicher Hand. Frauen leiten 9 von 24 Ministerien. Im Parlament bilden sie mit 45 zu 35 Abgeordneten die Mehrheit! Die Uno führt die rapide Abnahme der Korruption klar auf den Einfluss der Frauen zurück. Nicht, dass die Frauen unschuldig waren am schrecklichen Genozid, aber sie konnten vergeben und haben das Land im Herzen Afrikas umgekrempelt und zum Hoffnungsträger des Kontinents gemacht. Die Situation ist nicht einfach. Alkoholismus und die Folgen der Traumata sind ein grosses Problem. Ob der Präsident die neue Macht der Frauen aushält? Wir werden es sehen. Ich wünsche den starken Frauen viel Mut und Durchhaltevermögen. Ich hoffe sehr, dass es keine Genozide mehr braucht, um Frauen in Führungspositionen zu akzeptieren.

Eva Hardmeier,
Leitungsgremium SP-Frauen

SALOME HOFER IST DIE JÜNGSTE RIEHENER EINWOHNERRATSPRÄSIDENTIN

«Ich möchte verbindend wirken»



Hat sich als jüngste je gewählte Präsidentin des Riehener Einwohnerrates einiges vorgenommen: Salome Hofer

«Ich habe noch nie ein politisches Amt aktiv angestrebt. Irgendwie bin ich immer überrollt worden.» Salome Hofers bisheriges politisches Palmarès liest sich gleichwohl einigermassen beeindruckend – angesichts ihres Alters von gerade mal 24 Jahren. Sie hat schon mehr erreicht als manch andere Politikerinnen und Politiker in einem langen Leben. 2006 wurde sie als jüngstes Mitglied für die SP in den Riehener Einwohnerrat gewählt. Bereits zwei Jahre später übernahm sie als Stellhalterin die Stellvertretung des «höchsten» Riehener Amtes, des Präsidiums des Einwohnerrates. Und nun präsidiert sie also seit Anfang Mai selber das Riehener Gemeindeparlament. Gewählt wurde sie mit einem veritablen Glanzresultat. «Sicher wäre es schön, wenn meine Wahl auch auf andere Junge eine Signalwirkung hätte, sich aktiv politisch zu en-

gagieren. Und ich hoffe, dass das Alter irgendwann gar keine Rolle mehr spielt bei der Besetzung wichtiger politischer Ämter», meint Salome Hofer.

Als Präsidentin des Einwohnerrates möchte sie, die im ausserparlamentarischen Leben kurz vor dem Abschluss ihres Studiums in Politikwissenschaften und «European Studies» steht, vor allem verbindend und vermittelnd zwischen den verschiedenen Fraktionen und politischen Haltungen wirken. «Das heisst allerdings nicht, dass sich nach einer Parlamentssitzung alle in den Armen liegen müssen», versichert Salome Hofer schmunzelnd. Und fügt gleich hinzu: «Gute Politik zu machen heisst für mich einerseits, einen klaren, erkennbaren Standpunkt einzunehmen, andererseits aber auch den richtigen Zeitpunkt für Kompromisse zu erkennen.»

Für ihre zweijährige Amtszeit als Einwohnerratspräsidentin hat sich Salome Hofer einiges vorgenommen: «Ich wünsche mir, dass die Sachkommissionen vom Gemeinderat künftig vermehrt bereits bei der Vorbereitung eines Sachgeschäftes konsultiert und einbezogen werden. Und ich möchte wichtige Geschäfte auch mal ohne Umweg über eine vorberatende Kommission direkt in den Rat bringen. Denn manchmal muss auch ein vielköpfiges Parlament die Möglichkeit haben, eine politische Grundsatzdebatte zu führen.»

Salome Hofers zweites politisches Standbein ist ihr Grossratsmandat. Auch im Kantonsparlament war sie zu Beginn der neuen Legislatur im vergangenen Jahr das jüngste Mitglied, was ihr die Ehre zuteil werden liess, zusammen mit dem Alterspräsidenten die erste Sitzung des neu gewähl-

ten Plenums mit einer eigenen Ansprache zu eröffnen. Im Grossen Rat engagiert sich Salome Hofer seither vor allem in der Jugend- und Bildungspolitik sowie im Sozial- und im Kulturbereich.

Und wie sieht es mit ihren weiteren politischen Ambitionen aus – vielleicht sogar auf nationaler Ebene? «In Moment konzentriere ich mich voll und ganz auf meine Aufgaben im Einwohnerrat und im Grossen Rat. Ich finde auch, dass ich mich für ein nationales politisches Amt bisher noch zu wenig profiliert habe. Und ich möchte mich auch beruflich noch nicht allzu sehr festlegen», stellt Salome Hofer klar.



Dieter Wüthrich
Co-Leiter Parteilsekretariat
SP BS

GESUCHT

Auf dem Parteilsekretariat der SP Basel-Stadt ist per 1. August 2010 oder nach Vereinbarung eine Stelle neu zu besetzen:

Politische Parteilsekretärin oder politischer Parteilsekretär 50%

Für die abwechslungsreiche und herausfordernde Aufgabe erwarten wir eine gute Allgemeinbildung, gute Kenntnisse der politischen Verhältnisse im Kanton Basel-Stadt sowie Erfahrung in Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit. Sie sind vertraut mit den politischen Anliegen und Zielen der Sozialdemokratischen Partei und können sich mit diesen identifizieren. Sehr gute Anwenderkenntnisse der üblichen Büro-PC-Programme setzen wir voraus.

Sie bringen für diese Tätigkeit zudem das notwendige Mass an Eigeninitiative, Flexibilität (Abendsitzungen), Teamfähigkeit und das Gespür für die Rolle eines professionellen Sekretariats in einer demokratisch organisierten Partei mit. Sie sind kommunikativ und engagiert. Erfahrungen in Non-Profit-Organisationen sind von Vorteil.

Wir bieten ein spannendes und nicht alltägliches Arbeitsumfeld, eine angemessene Entlohnung und gute Sozialleistungen.

Gerne erwarten wir Ihre schriftliche Bewerbung mit den üblichen Unterlagen bis 15. Juli 2010 an: Martin Lüchinger, Parteipräsident SP Basel-Stadt, Postfach, 4005 Basel, Telefon 061 685 90 20.



Die Zukunft ist nicht atomar: Auch auf Max Chopards Dach wird ein Solarpanel montiert.

Sonnige Aussichten

In Erneuerbaren und mehr Energieeffizienz schlummert ein riesiges Potenzial von zigtausend neuen Arbeitsplätzen. Das zeigt nun auch eine Studie von McKinsey. Die Solarbranche erzielte in den letzten Jahren laufend höhere Umsätze und schuf in der Krise neue Arbeitsplätze. Max Chopard-Acklin

«OC Oerlikon», «Meyer Burger» und «3S» Industries sind Schweizer Unternehmen, die sich erfolgreich im Photovoltaikmarkt positioniert haben: Kumuliert betrachtet steigerten sie zwischen 2006 und 2008 den Umsatz um das Fünffache und erhöhten den Mitarbeiterbestand von 440 auf rund 1700. Ebenfalls ein positives Beispiel ist «Sputnik»: Die Firma, gegründet 1991, produziert am Standort Biel unter dem Namen «Solar-Max» Wechselrichter für netzgekoppelte Solarstrom-Anlagen. Ich habe die Firma letztes Jahr besucht und war beeindruckt, wie aus der ehemaligen Zwei-Mann-Werkstatt eine Unternehmung mit rund 200 Mitarbeitenden geworden ist, die an die Zukunft der Sonnenkraft glaubt und weiter in ihre Produkte und die Erschliessung neuer Märkte investiert. Lag 1991 die Jahresproduktion noch bei fünf Geräten, ist man heute bei einer Kapazität von 100 000 Geräten angelangt. Rund 98 Prozent der Geräte gehen in den Export.

Auch die Windkraft blieb trotz Krise im Aufwind: In Deutschland ist die Windindustrie 2009 um 15 Prozent gewachsen. 2009 gingen 952 neue Anlagen mit einer Leistung von 1917 Megawatt ans Netz. Ende 2009 liefen mehr als 21 000 mit einer Gesamtleistung von 25 800

Megawatt. Zum Vergleich: Das Atomkraftwerk Leibstadt hat eine Leistung von rund 1200 Megawatt. Auch in diesem Jahr zeigt sich: Die Zukunft ist nicht atomar. Bundesrätin Doris Leuthard hat kürzlich in Lenzburg die neue ABB-Halbleiterfabrik miteröffnet. Da entstehen sukzessive 200 neue Arbeitsplätze für Produkte, die weltweit für Zukunftstechnologien wie Solar- und Windparks gebraucht werden.

Die Schweiz muss aufpassen, dass sie international den Anschluss nicht verliert. Zu viele Politiker tragen noch ein Atombrett vor dem Kopf. Die Schweiz hatte in Sachen Solartechnologie einst die Nase ganz weit vorne, wurde aber von mehreren Nachbarstaaten überholt. Das ist kein gutes Zeichen. Weder für die Um-

Mit unserer Cleantech-Initiative sind wir auf dem richtigen Weg.

welt noch für die Wirtschaft. Angesichts des gigantischen Marktes, der hier entsteht, habe ich den Bundesrat in einem Postulat aufgefordert, zu prüfen und zu berichten, wie die Aktivitäten der eidgenössischen Hoch- und Fachhochschulen verstärkt auf die spezifischen Bedürfnisse der Schweizer Photovoltaik-Industrie abgestimmt werden können. Der Bundesrat hat reagiert und beantragt dem Nationalrat die Annahme des Postulats. Wir sind mit unserer Cleantech-Initiative auf dem richtigen Weg.



max-chopard@bluewin.ch
Nationalrat aus dem Kanton Aargau und
Solarduscher (www.solarduscher.ch)

STANDPUNKT



Thomas Christen
Generalsekretär

Die Mitte

Die Mitte sei die konstruktive Kraft. Und an den beiden Polen werde einfach nur blockiert. Am liebsten gemeinsam in einer unheiligen Allianz. Das ist eines der aktuellen Lieblingslamentos der PolitikerInnen der Mitteparteien. Nur: Es ist erstens falsch. Und zwar nachweislich. Zeigt zweitens ein zumindest lückenhaftes Politikverständnis. Und zielt drittens an der entscheidenden Frage vorbei.

Erstens. Unheilige Allianzen – man könnte bereits über den fragwürdigen Namen diskutieren – gibt es in Wirklichkeit kaum. Politologe Michael Herrmann hat nachgerechnet: In lediglich 3.7 Prozent aller Abstimmungen im Parlament kommt es zu einer solchen Allianz zwischen SP und SVP. Und der Anstieg seit den 90er-Jahren – von 2.2 auf 3.7 Prozent – verläuft auch nicht gerade exponentiell. In allen anderen Fällen, also in über 95% aller Abstimmungen (!), ist die Mitte Teil der Allianzen. Entweder zusammen mit der SVP oder zusammen mit der SP.

Zweitens: Die Mitte ist zwar praktisch immer Teil einer Allianz. Aber eine Mitte-Allianz allein kann überhaupt nichts bewegen. Die drei Mitte-Parteien CVP, FDP und BDP haben zusammen rund 30 Prozent Wähleranteil und 76 der 200 Nationalratssitze. Das reicht nicht für Mehrheiten. Für solche ist die Mitte entweder auf die SP oder die SVP angewiesen – heute und in Zukunft.

Drittens: Die entscheidende Frage ist also nicht, ob die Mitte-Parteien in Zukunft vielleicht noch etwas intensiver zusammenarbeiten. Das ist eigentlich irrelevant. Die Frage ist: Mit wem zusammen wollen diese drei Parteien im Parlament Mehrheiten bilden. Mit links oder mit rechts? Mit der SP oder der SVP?

Die aktuelle Session gibt eine Antwort auf diese Frage. Kurz nach der öffentlichen Ankündigung einer sogenannten Mitte-Allianz war diese erfolgreich – zusammen mit der SVP. Keine Boni-Steuer. Keine Abstimmung über die Abzocker-Initiative. Keine Too-big-to-fail-Massnahmen. Keine PUK. Kurz: Abzocker werden geschont. Banken auch. Dafür kürzt die gleiche Allianz die AHV-Renten. Und die Arbeitslosen-Taggelder. In ihrem Einsatz für die zehn Prozent Privilegiertesten ist die bürgerliche Mitte-rechts-Allianz erfolgreich. Für die grosse Mehrheit allerdings fehlen Lösungen gänzlich.

KNALLROT

Julia Gerber Rüegg
Co-Präsidentin der SP-Frauen
julia.gerber@spschweiz.ch



Transparenz!

Dass sowohl die Boni diskutiert werden als auch der Ansatz für den tiefsten Lohn, hat fast schon revolutionären Charakter in der Schweiz, wo es nicht nur das Bank-, sondern auch das Lohngeheimnis gibt. Denn wer spricht schon offen und ohne die Stimme zu senken über den eigenen Lohn?

Das Tabu rund um den Lohn ist einer der Gründe für die hartnäckige Lohndiskriminierung der Frauen gegenüber den Männern. Wäre nämlich ein direkter Vergleich im Pausengespräch möglich, würde manche Frau in der Privatwirtschaft merken, dass ihr Lohn im Vergleich zu ihrem Kollegen schlicht zu tief ist. So fällt doch auf, dass bis jetzt kein grösserer Konzern in der Schweiz wegen ungerechtfertigter Lohndifferenzen eingeklagt wurde. Auch der Lohnleichheitsdialog der SozialpartnerInnen hat bis jetzt erst zwei Unternehmen ermutigt, ihre Löhne zu analysieren (Novartis Pharma AG und die Schweizerische Post). Also, sprechen wir darüber!

Apropos Sprache: Die Stadt Bern hat letzte Woche daran erinnert, dass Gleichstellung nicht nur eine Frage der Lohngleichheit ist, sondern auch der Sprachbilder und des alltäglichen Denkens. Sie will mit einem praxisbezogenen Leitfaden erreichen, dass sich die Stadtverwaltung einer geschlechtergerechten Sprache bedient. So weit nichts Neues. Der Tages-Anzeiger jedoch bezeichnet diesen Reminder als höheren Blödsinn. Grund für die Aufregung: Statt von Fussgängerstreifen soll von Zebrastreifen, statt von Mannschaft von Team die Rede sein. So weit auch nichts Neues. Jedoch regen sich verschiedenste Politikerinnen auf (Politiker scheinen nicht befragt worden zu sein!), darunter auch die Generalsekretärin der FDP-Frauen: «Mit solchen Regelungen katapultieren wir uns in den Feminismus (huch!) der 70er-Jahre zurück.»

Retro ist, wer sich gegen einen korrekten, kreativen Umgang mit der Sprache wehrt. Retro ist, wer an der Sprache des letzten Jahrhunderts festhält. Das wäre weiter nicht schlimm, ja könnte sogar nostalgisch charmant sein, würde es nicht verraten, dass die Verteidigung einer überholten Sprache deckungsgleich ist mit der Verteidigung eines überholten Weltbildes... Das manifestiert sich nicht nur in der Politik der bürgerlichen Parteien, sondern eben auch im Sprachverständnis. Von den Löhnen ganz zu schweigen.

© Ex-Press



SRG

Rickli und Leutenegger

Eine Petition «Pro SRG – das volle Programm» setzt sich für Programmvietalt und Qualität bei der SRG ein.

Philipp Cueni

Präsident Filippo Leutenegger, FDP, Vize Natalie Rickli, SVP: Das ist die Spitze der sogenannten «Aktion Medienfreiheit». Ihre Angriffe auf die SRG werden immer stärker. Vor allem Rickli wettert omnipräsent gegen das Programm, gegen den neuen

Generaldirektor Roger de Weck, gegen den Fernsehdirektor, gegen die «linke» SRG, usw. Vordergründig geht es um die Frage der Gebühren. Noch vor dem Sommer will der Bundesrat über eine allfällige Gebührenerhöhung für Radio und Fernsehen entscheiden. Die Finanzierungsfrage ist für die Zukunft und die Qualität des Service public im Rundfunkbereich zentral. Deshalb wollen Rickli und Co. die Gebühren sogar senken und den Programmauftrag der SRG damit schwächen.

• **Falsche Argumente.** Die Gebühren seien jetzt schon zu hoch. Tatsache ist, dass ein Zeitungsabo inklusive Sonntagsausgabe teurer ist als das «Abo» für alle Radio- und Fernsehangebote zusammen (und bei einer möglichen Erhöhung geht es um einen Betrag von allenfalls 20 Franken pro Jahr!). Die Gebühren seien im internationalen Vergleich hoch. Tatsache ist, dass sie sogar tief sind, wenn man berück-

sichtigt, dass mit wenigen Gebührenzahlern Programme für die vier Landessprachen produziert werden müssen. Die SRG produziere zu teuer – aber alle internationalen Vergleiche belegen das Gegenteil, auch die Eidgenössische Finanzkontrolle hat der SRG eine hohe Effizienz attestiert. Und auch die Behauptung von Privilegien und unanständig guten Arbeitsbedingungen geht an den Tatsachen vorbei.

Viele nutzen die Angebote der SRG regelmässig, die Reichweite ist im internationalen Vergleich Spitze.

• **SRG gefügig machen.** Die Angriffe aus der rechtsbürgerlichen Ecke zielen auf die Grundwerte des öffentlichen (aber nicht staatlichen!) Rundfunks. Das sind Qualität, Unabhängigkeit, kritischer Journalismus, Vielfalt mit einem Angebot für alle – und in der Schweiz die Berücksichtigung aller Sprachregionen. SVP, FDP und Co. wollen die SRG politisch gefügig machen, wie das die CDU in Deutschland beim ZDF versucht und wie es Berlusconi in Italien vorgemacht hat. Der aktuellste Vorstoss von SVP-Rickli ist, die Gebühren durch das Parlament festsetzen zu lassen – und die SRG damit zum Spielball der Parteien zu machen.

Trotz aller Hetze von rechts sieht die Realität so aus: Ein ausserordentlich hoher Teil der



GLEICHSTELLUNG

Kinderkrippen oder Gendersprache?

In den 70er-Jahren gingen in Schweden hunderttausende wütender Frauen und einige tausend Männer auf die Strasse, um für eine bessere Kinderbetreuung zu demonstrieren. Jacqueline Fehr

Jedes Kind solle das Recht haben auf einen guten Krippenplatz und jede Frau solle ihren Lebensunterhalt mit bezahlter Arbeit verdienen und sich so aus der ökonomischen Abhängigkeit von Ehemann und Staat befreien können. So lauteten die Forderungen. Die Erfolge dieser Politik sind bekannt: Schweden besitzt das weltweit beste Kinderbetreuungsangebot, hat die Individualbesteuerung durchgesetzt und die Familienpolitik so ausgestaltet, dass die Interessen der Kinder im Mittelpunkt stehen. Von einer sogenannten gendergerechten Sprache wollte die schwedische Frauenbewegung jedoch nie etwas wissen.

Das Ziel der nordischen Frauenbewegung war die Freiheit. Diese war nur durch die ökonomische Unabhängigkeit zu erlangen. Jede Frau solle Zugang haben zum Arbeitsmarkt und damit zu selber verdientem und individuell versteuertem Einkommen. Eine gute und bezahlbare Kinderbetreuung, die Individualbesteuerung, eine Alimentepolitik, die vor Armut schützt, sowie eine Bildungs- und Familienpolitik, die sich an den Bedürfnissen der Kinder orientiert, standen deshalb zuoberst auf der Agenda.

Das Thema der gendergerechten Sprache (die ausdrückliche Erwähnung sowohl der männlichen als auch der weiblichen Form) wurde zwar diskutiert, aber sogleich als untergeordnet und damit unbedeutend klassiert. Die schwedische Frauenbewegung lebt seither ohne grosse Widerrede damit, dass vielerorts weiterhin nur die männliche Form verwendet wird. Die Situation in der Schweiz präsentiert sich anders. Als die schwedischen Frauen für die Kinderbetreuung auf die Strasse gingen, hatten wir gerade mal das Frauenstimmrecht erkämpft. Und heute, wo im Norden die Frauen in die Chefetagen der grossen Unternehmen einziehen, beschäftigen wir uns mit der gendergerechten Sprache? Die Stadt Bern hat gewissenhaft umgesetzt, was die Gleichstellungsbewegung in der Schweiz fordert, und ist

prompt ins Messer der öffentlichen Meinung gelaufen. Humor war noch die angenehmste Reaktion auf die neuen sprachlichen Vorschläge wie Zebra- statt Fussgängerstreifen. Bevor ich missverstanden werde, möchte ich zwei Dinge klarstellen. Erstens: Die neuen sprachlichen Vorschläge der Stadt Bern sind grösstenteils gut. Fahrausweis ist nun mal das bessere Wort als Führerausweis. Kritisiert werden muss hingegen der kaum verständliche Vorschlag, statt von Mutter und Vater künftig von Elter zu sprechen – hier ist der Amtsschimmel davongaloppiert. Zweitens: Ich habe persönlich lange und heftig für die sprachliche Gleichstellung gekämpft. Dies in der Überzeugung, dass die Sprache das Denken prägt und es damit wichtig ist, dass die weibliche Form explizit erwähnt und nicht einfach «mitgedacht» wird. Ich bin im Grundsatz noch heute davon überzeugt. Doch ich frage mich heute, ob wir die Gewichte richtig gesetzt haben.

Wer Veränderungen will, muss Ziele festlegen und Schwerpunkte setzen. Und so können wir der Frage nicht ausweichen, ob wir in den letzten Jahren mit dem grossen Engage-

Und so können wir der Frage nicht ausweichen, ob wir in den letzten Jahren nicht aufs falsche Pferd gesetzt haben.

ment für eine gendergerechte Sprache nicht aufs falsche Pferd gesetzt haben. Vielleicht müssen wir nicht so weit gehen wie unsere schwedischen Kolleginnen und das Thema gerade ganz von der Agenda streichen. Aber eine konsequentere Ausrichtung der Gleichstellungspolitik auf ein besseres Leben für die Frauen hier und weltweit täte der Bewegung vielleicht gut. Wie hiess doch der wunderbare Slogan der letzten Frauendemo: Her mit dem schönen Leben!

stoppen

Bevölkerung nutzt die SRG regelmässig, die Werte der Reichweite sind im internationalen Vergleich Spitze. Der Grund: Die SRG bietet für (fast) jede und jeden etwas: Kinderstunde und Sternstunde, Volksmusik und Sounds, Sport und Literatur, Unterhaltung und Information, usw. Das genau macht den Service public aus. Denn kommerziell, über den Markt, könnten solche Angebote im kleinen Gebiet der Schweiz nicht finanziert werden. Ohne Angebote der SRG würden die ausländischen und die kommerziellen Angebote noch mehr dominieren.

• **Petition «das volle Programm».** Es tut Not, die Service-Public-Debatte wieder mit Inhalt zu füllen – und selbstverständlich gewisse Werte auch innerhalb der SRG neu zu überprüfen. Das Geschrei der Aktion Medienfreiheit ist sehr laut geworden. Dem muss etwas von jener Seite entgegengesetzt werden, welche Vielfalt und Qualität im Programmangebot der SRG schätzt und verteidigen will. Dafür ist neu die «Aktion pro SRG – das volle Programm» gegründet worden, wo aktuell eine Petition läuft.

→ www.das-volle-programm.ch

ssm.medien@magnet.ch
Sekretär für Medienpolitik im Schweizer
Syndikat Medienschaffender SSM



jacqueline.fehr@parl.ch
Nationalrätin aus dem Kanton Zürich und
Vizepräsidentin der SP Schweiz

ROTSTICH

Jeder AdA sein eigenes Biwak

Was 2009 das Minarett war, ist heuer die Burka. Wer etwas auf sich hält, befasst sich gewissenhaft mit der Materie. So auch unser Verteidigungsminister Ueli Maurer. Gut unterrichtete Quellen wollen wissen, dass im Generalstab zu Bern eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Oberst i Gst Blanco emsig am Werk ist. Verständlich: Immer mehr Frauen leisten Dienst fürs Vaterland. Und immer mehr Frauen tragen eine Burka. Ebenfalls zu vernehmen ist, dass die hochdekorierten Militärs dem neusten Bekleidungs-trend überraschend positiv gegenüberstehen.

Namentlich wird unter grösster Geheimhaltung und Hochdruck an der Entwicklung eines revolutionären Ganzkörperturnanzugs im Vierfruchtlook, der Kampfburka 2010 (kurz: Kabu 10), gearbeitet. Schon bald sollen sämtliche AdAs mit dem neuen Equipment ausgestattet werden. Die Armeeführung hatte den Trend bereits vor Jahren antizipiert und vorausschauend Voraussetzungen für die Einführung geschaffen: Vergegenwärtigt man sich die eingeschränkte Bewegungsfreiheit von Burkaträgenden, erscheint insbesondere die Abschaffung der bewährten Radfahrertruppen plötzlich in einem anderen Licht.

Dass die Burka der Landesverteidigung dienen kann, ist offensichtlich: Lästige und zeitraubende Routinetätigkeiten des inneren Dienstes wie Rasurkontrollen und das Sicherstellen von dienstkonformen Haarschnitten entfallen gänzlich, der ABC-Bereitschaftsgrad 2 im Falle eines Chemie- oder Atomangriffs ist permanent gewährleistet und das mühselige Errichten von nächtlichen Zeltlagern entfällt. Das Motto: «Jeder AdA sein eigenes, mobiles Biwak». Eine bestechende Idee, die uns der «besten Armee der Welt» einen gewaltigen Schritt näher bringen wird. Ganz bestimmt. *Stefan Krattiger*



Einmal mehr gibt es im SP-Zentralsekretariat an der Spitalgasse 34 Kunst zu bestaunen. Diesmal verschönern farbenfrohe Werke der Künstlerin **Rosa Maria Schuler** die Berner Parteizentrale. Die Ausstellung «El Mundo de Urpi» dauert noch bis 10. September 2010 und kann wochentags von 8.30 bis 12 Uhr und von 14 Uhr bis 17 Uhr oder nach Voranmeldung (unter Telefon 031 329 69 69) besucht werden.

Mit ihren Spenden über insgesamt 77 500 Franken unterstützen die Mitglieder des Kaufmännischen Verbandes um Präsident **Mario Fehr** die Hilfsorganisation



SKILL im bitterarmen Nepal. Die ländlichen, unwegsamen Gebiete sind vom Fortschritt weitgehend ausgeschlossen und zwei Drittel der Bevölkerung müssen mit weniger als zwei Dollar pro Tag auskommen. Die meisten Menschen leben von Kleinlandwirtschaft und Gelegenheitsarbeiten, grössere Handwerksbetriebe oder gar Industrie gibt es kaum. In diesen Gegenden ist seit bald 20 Jahren die NGO SKILL tätig. Gegründet von einem einheimischen ehemaligen Helvetas-Mitarbeiter, hat sie sich zum Ziel gesetzt, den jungen Menschen in den ländlichen Gebieten Nepals Basisfähigkeiten in verschiedenen Berufen

beizubringen. Im Zentrum stehen dabei Ausbildungen in den Bereichen Schneidern, Lederverarbeitung, Schreinerarbeiten, Latrinenbau, Installation und Reparaturen von Trinkwasserversorgungen, Kochen und andere. Die Ausbildungen dauern zwischen drei Wochen und drei Monaten und orientieren sich stark an den lokalen Bedürfnissen und Ressourcen. Der Erfolg des von Helvetas unterstützten Projekts kann sich sehen lassen: 85 Prozent der Kursabsolventinnen und -absolventen konnten ihre Lebenssituation verbessern und erzielen heute ein überdurchschnittliches Einkommen. Zwar resultieren aus den Kursen nur selten Vollzeitstellungen, aber die meist bäuerlichen Teilnehmenden werden befähigt, ein markantes Nebeneinkommen zu erzielen. Dass sich der KV ausgerechnet SKILL als Begünstigte seiner diesjährigen Weihnachtssammlung ausgesucht hat, ist kein Zufall: Die berufliche Aus- und Weiterbildung ist ein zentrales Anliegen, da liegt es nahe, ein Berufsbildungsprojekt zu unterstützen. Ausserdem kann man in Nepal mit relativ bescheidenen Mitteln eine enorme Breitenwirkung erzielen: Ein Ausbildungsplatz bei SKILL kostet durchschnittlich 250 Franken. Mit ihrer Spende haben die Mitglieder des KV also über 300 jungen Menschen eine Berufsausbildung finanziert.

Seinen Einstand feierte in der vergangenen Sommersession der frischgebackene Basler Nationalrat **Beat Jans**, der für Ruedi Rechsteiner ins Parlament nach-

rückt. Viel zu tun und viel Neues für den 45-jährigen Umweltexperten, weshalb auch beruflich kaum ein Stein auf dem anderen bleibt: Der Landwirt, Agrotechniker und Umweltnaturwissenschaftler verlässt «Pro Natura» (Schweiz), deren Geschäftsleitung er während zehn Jahren angehörte, wechselt als Umweltberater zur Firma «Ecos» und reduziert sein hauptberufliches Pensum von 80 auf 30 Prozent. Seinen Sitz im Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt, den er seit 2001 innehat, will der zweifache Familienvater vorerst behalten, «sicher bis nach den nächsten Nationalratswahlen».



Das zweite neue Gesicht in der SP-Fraktion des Nationalrats ist **Prisca Birrer-Heimo**, die den Luzerner Nationalratssitz vom zurückgetretenen Hans Widmer «geerbt» hat. Die



51-jährige Rothenburgerin ist seit 2007 als Gemeinderätin für die Finanzen ihrer Wohngemeinde verantwortlich, hat aber auch schon reichlich Legislativverfahren sammeln können: Zwischen 1995 und 2005 wirkte sie für die SP im Grossen Rat des Kantons Luzern. Zudem ist sie Mitglied in der Geschäftsleitung der Luzerner Kantonalpartei und im Vorstand ihrer SP-Sektion Rothenburg. Ihre bisherige Teilzeitstelle als Projekt-

GESAGT

«Es lohnt sich immer, der aktuellen Mode Beachtung zu schenken. Trotzdem, ich habe heute keine Burka angezogen.»



Bundesrat **Moritz Leuenberger** in seiner erfrischend-humoristischen Rede an der Delegiertenversammlung in Frauenfeld.



Abzocker belohnen und das Volk bestrafen? Nach dem Sieg über die Rentenklauer bleibt kaum Zeit zum Verschnaufen: Die Bürgerlichen haben mit der Arbeitslosenversicherung bereits das nächste Sozialwerk im Visier. Das Referendum ist geschafft, die Nein-Parole beschlossen und die Abstimmung auf den 26. September 2010 angesetzt – bald steht der Abstimmungskampf an.

leiterin am Kantonsspital Luzern hat sie aufgegeben, damit sie als Nationalrätin in Bern gehörig Gas geben kann.



Ebenfalls Vollgas gibt **Bea Heim** – umwelt- und klimafreundlich, versteht sich. Die Solothurner Nationalrätin ist nämlich seit einiger Zeit mit ihrem gelben Elektromobil auf Achse. Um auch andere zum Umsteigen zu bewegen, lädt sie am Samstag, 26. Juni (im Restaurant Wilerhof in Starrkirch-Wil bei Olten) zum Brunch ein. Um 9.30 Uhr geht's los – unter anderem mit einem Referat von Urs Muntwyler vom Solar-Center Zollikofen und verschiedenen Elektroautos und -velos, die für eine Probefahrt zur Verfügung stehen.

LESERINNENBRIEFE

«links» 109 – «Gleichstellungsoffensive statt Burkaverbot»

Rosaroten Verharmlosungen

Sind 100 Neonazis zu wenige, um sie zu verbieten? Nein? Warum sind dann 100 vollverschleierte Frauen tolerierbar? Es geht um Sexismus. Eigentlich ist eine derartige Verhüllung eine Beleidigung für jedes männliche Wesen ab der Geschlechtsreife: einem jeden wird potenziell unterstellt, beim Anblick eines Stückes freisichtbarer weiblicher Haut gleich in sexuelle Erregung zu geraten. Das ist Sexismus pur! Diskriminierung der Homosexualität. Die Haltung, sich in einer Frauenrunde nicht zu verschleiern, ist inkonsequent. Denn die Hautblöße könnte auch andere Frauen sexuell ansprechen, sprich Lesben. Da eine solche Begegnung nie vorausgesehen werden kann, müsste die Verhüllung permanent getragen werden, sonst ist das nicht logisch. Diese Haltung verneint schlicht die Existenz von homosexuellen Menschen.

Dass ausgerechnet in der SP solche Standpunkte nicht zu roten Köpfen, sondern zu rosaroten

Verharmlosungen führen, finde ich als ältere linke Frau mehr als bedenklich. Wofür haben wir sooo lange gekämpft?

Brigitte Wenger Sahin, Basel

«links» 109 – «Entlarvend»

Haften Ospel & Co. für den Schaden?

Eine unverzichtbare Notwendigkeiten klar erkennende, entscheidungs- und handlungsstarke Regierung würde problemlos Mittel und Wege finden Villiger dazu zu bewegen, Ospel & Co. ohne Verzug mit Zivilprozessen zu «beschenken». Sie würde dem Volkswillen zum Durchbruch verhelfen. Es darf kein Versuch unterlassen werden, richterlich zu ermitteln, ob die Schadensverursacher ein Verschulden trifft, welches sie haftbar macht für fahrlässig verursachten Schaden. Strafprozesse bringen jedoch nichts! Für den Bundesrat und für den UBS-Verwaltungsrat geht es um nichts weniger als um die Rückgewinnung von Respekt und Vertrauen seitens der Gesamtbevölkerung sowie der Wirtschaftspartner der UBS.

Werner Willi, Zürich

ROTE OHREN

Seit Monaten beginnt SP-Mediensprecher **Andreas Käsermann** seinen Tag sportlich joggend. Diszipliniert und erbarmungslos. Damit überwindet er zwar nicht den Kapitalismus, aber immerhin seinen inneren Sauhund.



Entsprechend ambitioniert nimmt er denn auch den Grand Prix von Bern in Angriff. Und tatsächlich: Rang 3095 (von 10913), souverän im ersten Drittel. In seinem Windschatten: **Hilde Fässler**, die bei den Frauen den tollen 1741. Rang (von 4143) ergattert.

Stell dir vor: Es kommt hoher Besuch und keiner (und keine) merkt's. So passiert an der Vernissage der Künstlerin **Rosa Maria Schuler** im SP-Seki. Seine Exzellenz, **Juan Carlos Gamarra Skeels**, Botschafter der Republik Peru, beehrte die Berner Parteizentrale mit seiner Anwesenheit. Quasi inkognito. Erst tags darauf,



bei der Durchsicht des Gästebuchs, fällt der klingende Name auf. Ob auch seine Gattin, **Désirée Anastasia Maria Benedicta von Hohenzollern**, Prinzessin von Preussen, zugegen war, lässt sich im Nachhinein nicht mehr mit Sicherheit feststellen.

Wenn **Mario Fehr** nicht gerade Schecks übergibt, lässt er ab und zu den Rocker raus und pilgert beispielsweise ins Stade de Suisse, ans Konzert der Kultband **AC/DC**. Fazit auf Facebook: «Das ultimative Hammerkonzert, das auch heute Morgen noch in meinen Ohren dröhnt!» Merklisch aufgekratzt sass er denn auch im Bundeshaus-Bistrot. Über die Hälfte der rund 42000 Zuschauerinnen und Zuschauer reisten übrigens mit dem Zug an – «Rock'n'Roll Train» statt «Highway to Hell». So ist's recht.

Eine Brutstätte für linke Politik

Im immer schnelleren Polit- und Medienalltag kommt das Nach- und Querdenken oft zu kurz. Das Denknetz versucht seit bald sieben Jahren diese Lücke zu schliessen. Stefan Hostettler

Dass das Denknetz erst im November 2003 gegründet wurde, ist im Rückblick erstaunlich. Deshalb, weil die damit verbundene Idee – ein linkes Forum für Diskussionen und Debatten zu aktuellen Fragen der Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitspolitik zu bilden – so überzeugend ist. Je stärker der neoliberale Diskurs die Meinungsbildung an den Hochschulen und in den Medien prägt, desto wichtiger ist ein Gegen-Netz für die politische Linke: Ein Ort, wo Vertreter von Wissenschaft und Forschung, aus Gewerkschaften, politischen Gruppierungen und NGOs gemeinsam in Alternativen denken und Gegenkonzepte zum

Das Denknetz organisiert Tagungen, erarbeitet Thesen, entwickelt Konzepte und Reformvor-

Das Denknetz will Reformen entwerfen, ohne selbst politischer Akteur zu sein.

schläge, betreibt eine Web-Site, publiziert einen Infobrief, ein Jahrbuch und ausgewählte Bü-

cher. Aktuelle Beispiele sind der Reformentwurf für eine Allgemeine Erwerbsversicherung (AEV), das Bildungsgrundsatzpapier «Plädoyer für eine Schule der Demokratie», das Manifest Steuerwende oder die kürzliche Veranstaltung zur Euro-Krise («Sind wir morgen alle Griechenland?») mit Michael R. Krätke, Professor für Politische Ökonomie an der Lancaster University.

Der Anspruch des Denknetzes ist es, gesellschaftspolitische Orientierungsangebote zu liefern und politische Reformvorschläge zu entwerfen, ohne selbst politischer Akteur zu sein: Die Impulse, die es vermittelt, sollen von andern Organisationen – wie beispielsweise der SP – aufgenommen und in die politische Auseinandersetzung hineingetragen werden.

Das Denknetz wird von den gegenwärtig 650 Einzelmitgliedern getragen. Mitglieder erhalten sämtliche Denknetz-Publikationen kostenlos zugestellt. Damit das Denknetz seine Aktivitäten ausbauen kann, braucht es neue Mitglieder. Der Jahresbeitrag beläuft sich auf Fr. 100.– (Fr. 40.– für Nicht- oder Wenigverdienende). Ein Austritt ist jederzeit per einfache Mitteilung möglich. Leserinnen und Leser von «links» sind herzlich zu einem Beitritt eingela-

den: Einfach untenstehenden Talon ausfüllen oder direkt online beitreten unter www.denknetz-online.ch. Allen neuen Mitgliedern wird als Willkommensgeschenk das Denknetz-Buch zur Allgemeinen Erwerbsversicherung zugesandt.

→ www.denknetz-online.ch



stefan.hostettler
@spschweiz.ch
Politischer Fachsekretär der SP-Fraktion und Mitglied der Denknetz-Kerngruppe

DENKNETZ

Ist ein unabhängiger Verein mit 650 Einzelmitgliedern und einer Reihe von Kollektivmitgliedern (darunter auch die SP). Die Kerngruppe ist für die Koordination zuständig. Fachgruppen arbeiten zu folgenden Themen: Politische Ökonomie, Bildungspolitik, prekäre Arbeit, Gleichheit und Umverteilung, Otro Mundo, Steuer- sowie Sozialpolitik, Arbeit und Care Ökonomie. Präsidentin ist Ruth Gurny, ehemalige Professorin an der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften.

Ich trete dem Denknetz bei und erhalte das Buch «Die Grosse Reform: Die Schaffung einer Allgemeinen Erwerbsversicherung AEV» kostenlos zugesandt.

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

Mail

Talon einsenden an: Denknetz, Postfach 9177, 8036 Zürich
info@denknetz-online.ch



31. Juli

Parteiprogramm:

Antragsfrist für Sektionen,
Kantonalparteien und
antragsberechtigte Organe

28. August, 11.30 Uhr

Frauenkoordination KoFa

26. September

Eidgenössische Abstimmung
AVIG-Referendum

11. Oktober

Parteiprogramm:

Antragsfrist für die Parteitags-
delegierten (nach dem ordentlichen
Versand Mitte September)

31. Oktober

Ordentlicher Parteitag
der SP Schweiz
in Lausanne

IMPRESSUM

Herausgeber

SP Schweiz und Verein SP-Info, Spitalgasse 34,
3001 Bern, Telefon 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70
Erscheint 9 Mal pro Jahr

Auflage 43 310 (Wemf)

Abonnementspreise

Für Mitglieder der SP Schweiz gratis

Adressänderungen/Abos

linksabo@spschweiz.ch

Redaktion

Stefan Krattiger (Chefredaktion), Barbara
Berger (SP-Frauen), Niklaus Wepfer (SP Kan-
ton Solothurn), Dieter Wüthrich (SP Basel-
Stadt), Ruedi Brassel (SP Baselland), Daniel
Furter (SP Kanton Bern), Katharina Kerr
(SP Kanton Aargau), Pascal Ludin (SP Kanton
Luzern), Susanne Oberholzer (SP Kanton Thur-
gau), Leyla Gül (SP Stadt Bern), Urs Geiser
(Korrektor)

E-Mail Redaktion

stefan.krattiger@spschweiz.ch

Gestaltungskonzept

muellerluetolf.ch

Produktion

Atelier Kurt Bläuer, Bern

Druck

Ringier Print Adligenswil AG
Postfach 3739, 6002 Luzern

Anzeigen

Zürichsee Werbe AG, Seestrasse 86,
8712 Stäfa

Telefon 044 928 35 60, Fax 044 928 56 00
sylvia.seemann@zs-werbeag.ch
www.zs-werbeag.ch

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 7.6.

Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 16.8.

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

D1.1.0805

ImmigrantInnen im Span- nungsfeld gesetzlicher Ver- sprechen und behördlicher Missbrauchsbekämpfung

Seit 2007 gilt für Angehörige der «alten» EU-Staaten volle Personenfreizügigkeit, und für die neuen EU-Mitgliedstaaten wird die Freizügigkeit in Etappen umgesetzt. Für SchweizerInnen mit Angehörigen aus Drittstaaten und für Nicht-EU-BürgerInnen gilt dagegen seit 2008 das neue Ausländergesetz (AuG): Neben Neuerungen bei der Erteilung von Bewilligungen und beim Familiennachzug kommen dabei verschärfte Zwangsmassnahmen und Straftatbestände zur Anwendung. Wie wirkt sich die migrationspolitische Praxis für die Betroffenen konkret aus? Welchen Schutz können sich ImmigrantInnen von Grund- und Menschenrechten erhoffen? Diese und ähnliche Fragen werden im Seminar lebendig und praxisnah diskutiert.

Inhalt: Geltendes Ausländerrecht, Kernpunkte des neuen Ausländergesetzes und des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU, gewerkschaftliche Positionen.

ReferentInnen: Cristina Anliker Mansour (Unia), Marc Spescha (Rechtsanwalt)

Datum/Ort: Donnerstag/Freitag, 24./25. Juni 2010, Hotel FloraAlpina in Vitznau

Die Kosten werden für Gewerk-
schaftsmitglieder meistens von ih-
ren Gewerkschaften getragen. Mit
Ihrer Anmeldung klären wir die
Kostenfrage ab. SP-Mitglieder, die
nicht Gewerkschaftsmitglied sind,
profitieren vom reduzierten Tarif
von Fr. 230.– pro Tag statt Fr.
390.–. Weiter kann bei Monika
Bolliger (SP Schweiz, Tel. 031 329
69 91) finanzielle Unterstützung
beantragt werden.

Anmeldung:

online www.movendo.chMail info@movendo.ch,

Tel. 031 370 00 70

Fax 031 370 00 71



Annemarie

Berlinger-Staub

Juristin, Mutter von drei
Mädchen und Mitglied
des Gemeindeparlaments
Köniz

Eine Gedenkstätte für Engelskinder

Manchmal ist es überraschend, wo einen politisches Engagement hinführt. Auf einen Friedhof zum Beispiel. Und somit an einen Ort, der gemeinhin nicht mit Familienpolitik in Verbindung gebracht wird. Mit dem Tod eines Kindes bekommt dieses Thema aber plötzlich auch für Familien eine grosse Bedeutung.

Viel öfter, als man vermutet, stirbt ein Kind während der Schwangerschaft oder kurz nach der Geburt. Laut Statistik sind das in der Schweiz jeden Tag zwei Kinder. Der Schmerz, den der Verlust eines ungeborenen Kindes verursacht, ist schwer greifbar. Es fehlen zwar gemeinsame Erlebnisse, Bilder und Erinnerungen. Doch gerade Mütter haben oft bereits eine starke Bindung entwickelt. Aber auch für Väter, Grosseltern und Geschwister ist es eine äusserst schwierige Situation.

Während die fachliche Betreuung der Betroffenen in den letzten Jahren stark verbessert worden ist, sind die Eltern angesichts der Frage, wo sie ihr Kind bestatten können, oft ratlos. So hat ein Kind erst dann Anspruch auf eine Bestattung, wenn es nach der 22. Schwangerschaftswoche stirbt oder mehr als 500 Gramm wiegt. Für viele betroffene Familien ist es aber wichtig, sich an einem Gedenkort von einem Kind verabschieden und trauern zu können. Mit der Schaffung von speziellen Gedenkstätten oder Kindergemeinschaftsgräbern wird Familien ermöglicht, selber zu entscheiden, wie sie ihr früh verstorbenes Kind bestatten möchten. Es gibt solche Anlagen bereits an mehreren Orten in der Schweiz. Sie sind aber nach wie vor die Ausnahme.

Mit einem Vorstoss im Gemeindeparlament von Köniz forderte ich letzten Herbst die Schaffung einer solchen Gedenkstätte. Das Parlament überwies den Vorstoss am 22. März 2010 einstimmig. Bis Ende Jahr soll auf einem ersten Friedhof ein Kindergemeinschaftsgrab geschaffen werden. Weitere sollen folgen. Politisch war das Anliegen unbestritten. Und trotzdem hatte es bis anhin niemand thematisiert. Betroffenen Eltern fehlt oft die Kraft, selber aktiv zu werden. Fachpersonen sind zwar überzeugt, dass solche Gedenkstätten wichtig sind und es sie braucht, aber leiten daraus keinen politischen Handlungsbedarf ab.



WAS, WENN JEDER SCHLUCK LEBENSGEFÄHRLICH IST?

Fast eine Milliarde Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Mit jedem Schluck drohen ihnen Cholera, Typhus und andere tödliche Krankheiten. Helvetas baut sichere Brunnen und stoppt die Wassernot. Helfen Sie mit.



PC 80-3130-4 www.helvetas.ch



HELVETAS

Handeln für eine bessere Welt